



## Protokoll

**26. Sitzung des Gemeinderates**  
**Montag, 24. September 2012, 19.00 Uhr,**  
**Gemeinderatssaal, Stadthaus**

## TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Postulat Nr. 548 des Ratsmitgliedes Marianne Siegrist betreffend Schaffung eines professionellen Bauprojektmanagements an der Sekundarstufe Uster
- 4 Antrag des Stadtrates betreffend Kreditbewilligung von 480000 Franken für die Verlegung des Buswendeplatzes bei der Schifflande in Niederuster (Antrag Nr. 126A/2012)
- 5 Antrag des Stadtrates betreffend Energie Uster AG - Geschäftsbericht 2011 (Antrag Nr. 136/2012)
- 6 Antrag des Stadtrates betreffend Teilrevision der Gemeindeordnung (Einführung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Uster auf den 1. Januar 2013) (Antrag Nr. 137/2012)
- 7 Antrag des Stadtrates betreffend Revision der Statuten des Zweckverbands Spital Uster (Antrag Nr. 141/2012)
- 8 Antrag des Stadtrates betreffend Geschäftsfeld Sport, Sanierung und Erweiterung Hallenbad Buchholz, Uster, Projektierungskredit (Antrag Nr. 139/2012)
- 9 Postulat Nr. 551 des Ratsmitgliedes Jürg Gösken betreffend Verkehrskonzept
- 10 Antwort des Stadtrates auf die Interpellation Nr. 543 des Ratsmitgliedes Julia Amherd betreffend Ausbildungsplätze für Fachfrauen/Fachmänner Gesundheit (FaGe) und für Pflegefachpersonen HF/FH

## Präsenz

Vorsitz	Walter Strucken, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	34 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Sekundarstufe	Thomas Pedrazzoli, Präsident (Traktandum 3)
Entschuldigt	Rolf Denzler Jean-François Rossier
Presse	Christian Brüttsch, AvU Eduard Gautschi, TA Stefan Hotz, NZZ

Der Präsident begrüsst als Vertretung des Sekundarstufe Thomas Pedrazzoli und die Zuschauer auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

## Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

## **Persönliche Erklärungen:**

### **Thomas Wüthrich**

*Persönliche Erklärung – Ganz schön was los in Uster*

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Nachdem ich vor 10 Tagen durch „landauf und bachab“ in der ARA Uster auf- und abgeklärt wurde, erkläre ich hier und heute meinen Dank.*

*In erster Linie ein Dank an die Ustermer Gruppierung von Künstlerinnen und Künstlern aus Uster, welche die Idee einer Kunstausstellung in der ARA entwickelt und umgesetzt hat.*

*Ein grosser Dank geht aber auch an die Abteilung Bau, welche diesen einmaligen Event durch ihr unbürokratisches und grosszügiges Entgegenkommen möglich gemacht hat.*

*Und schliesslich gebührt ein grosses Dankeschön der Belegschaft der ARA. Sie hat die „verrückten“ Künstlerinnen und Künstler bei sich aufgenommen und wirken lassen. Und sie hat, wenn immer nötig, den bunten Haufen in unkomplizierter Art und Weise unterstützt.*

*Rund 1'000 Besucherinnen und Besucher haben diese einmalige Ausstellung besucht. Für eine Kulturveranstaltung in Uster ein absoluter Spitzenwert.*

*Da sage ich ganz verklärt: Wow! – ganz schön was los in Uster!*

*Thomas Wüthrich  
Gemeinderat Grüne*

## **Fraktionserklärungen:**

### **Ursula Räuftlin**

*Sehr geehrter Präsident,  
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

*„Alles unter einem Dach – wünschen Sie eine Tagesschule?“*

*Mit diesem vielversprechenden Titel haben vor einigen Tagen einige Mitglieder aus unserer Fraktion, wie die meisten Eltern in Uster, Post von der Primarschule erhalten. Endlich geht es vorwärts und es soll der Bedarf für eine Tagesschule ermittelt werden.*

*Die Freude über dieses Schreiben währte aber nur von kurzer Dauer und hat sich bei genauem Durchlesen der Unterlagen rasch ins Gegenteil gekehrt. Auf kurzen zwei Seiten wird die Tagesschulidee präsentiert. Am aussagekräftigsten ist die Tabelle, die die obligatorische Anwesenheit und die freiwillig buchbaren Zusatzelemente wie die Morgenbetreuung aufzeigt. Sehr spannend ist auch der Ansatz, dass der Nachmittag bei der Tarifberechnung neu gesplittet werden soll in die erste und zweite Nachmittagshälfte. Dies ist ein Punkt, der bei den heutigen Tagesstrukturen gemäss meiner vor einer Woche eingereichten Anfrage zu grossen Diskussionen betreffend Kosten führt!*

*Insgesamt liefert der Brief sehr wenige Informationen zu der geplanten Tagesschule. Bezüglich der Elternbeiträge enthält er sogar falsche Angaben. So erhält eine Familie den Geschwisterrabatt nicht nur falls sie mehrere Kinder unter 18 Jahren hat, sondern auch dann, wenn im selben Haushalt weitere zu unterstützende Kinder, also in Ausbildung bis 25 Jahre, leben. Der Grenzwert für Geschwisterrabatt liegt auch nicht bei 100'000.- sondern 110'000 – Franken. Es ist auch nicht das*

*Jahreseinkommen - weder brutto noch netto – sondern das massgebende Gesamteinkommen der Eltern. Dieses setzt sich zusammen aus dem steuerbaren Einkommen plus 5% des steuerbaren Vermögens. Wenn schon Infos, dann bitte vollständig und richtig!*

*Nach dem Studium des Briefes geht's ans Ausfüllen der Umfrage. Viele Eltern stolpern schon bei der ersten Frage nach dem Einzugsgebiet der Schuleinheit. Wer noch keine Schulkinder hat, weiss das noch nicht. Und wer z.B. in der Loren oder Hohfuren wohnt, kann sich auch nie einer Schuleinheit zuordnen. Als nächstes kommen ein paar Fragen, die sich wirklich auf die Bedarfsabklärung beziehen und eine Abschätzung ermöglichen, wie gross der Anteil der Kinder ist, die am Mittwochnachmittag oder nach 16 Uhr noch zu betreuen sind.*

*Darauf folgen einige Fragen, die für die Bedarfsabklärung absolut irrelevant sind. Wie viele Erwachsene im Haushalt leben, welche Arbeitspensen sie haben, welches Einkommen dem Haushalt zur Verfügung stehen, der höchste Bildungsabschluss der Eltern sowie deren Nationalität tragen wirklich nicht zur Abklärung des Bedarfs bei. Aus diesen Angaben kann gegebenenfalls der erwartete Kostenschätzungsgrad abgeschätzt werden. Dies ist aber ganz klar nicht das Ziel einer Bedarfsabklärung! Der politische Entscheid für oder gegen eine Tagesschule hat einzig vom Bedarf abhängig gemacht zu werden!*

*In einem weiteren Fragepunkt, sollen verschiedene Punkte der Tagesschule beurteilt werden, was aufgrund der mageren Infos unseres Erachtens nicht möglich ist. Die Frage „Wie beurteilen Sie das vorgeschlagene Tagesschulmodell in Bezug auf enge Zusammenarbeit von Lehr- und Betreuungspersonen“ ist länger, als die im Brief dazu gemachte Aussage: „Lehr- und Betreuungspersonen arbeiten eng zusammen“. Eine wirklich sehr aufschlussreiche Aussage...*

*Ungeklärt bleibt die Frage, ob die Tagesschule auch die Kindergartenstufe beinhalten wird und wenn ja, ob als normaler Kindergarten oder als Grundstufe? Und noch eine Bemerkung zum Standort: die Tagesschule soll an einem gut erreichbaren Standort errichtet werden. Gut erreichbar für wen? Für Autofahrer, also direkt beim Autobahnanschluss auf dem Weg zur Arbeit? Oder doch lieber zentral erreichbar für Fussgänger in der Nähe des Bahnhofs?*

*Dieses Schreiben und die zugehörige Umfrage haben von der GLP-EVP-CVP-Fraktion ganz klar eine ungenügende Note verdient. Eigentlich wäre hier ein „Zurück an den Absender“ nötig gewesen, bevor sie im grossen Stil an alle Eltern in Uster verschickt worden ist. Wir erwarten von der Primarschule eine sorgfältigere Arbeit!*

*Ursula Räufflin  
Gemeinderätin Grünliberale*

## **Cla Famos**

*FDP/JFU Fraktion*

*Volk sagt klar nein zur Mogelpackung im Zentrum*

*Sehr geehrter Gemeinderatspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren*

*Gestern hat das Volk die Initiative „für ein fussgängerfreundliches Zentrum“ in aller Deutlichkeit verworfen.*

*Beziehungsweise korrekt den Beschluss des Gemeinderates vom 23. Januar 2012 (Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative «Für ein fussgängerfreundliches Zentrum»), gegen den wir*

*hier im Rat das Behördenreferendum ergriffen haben und gegen den wir uns zusammen mit allen bürgerlichen Parteien und dem Gewerbe – sowohl GVV als auch WFU – eingesetzt haben. Über 61% haben nein gestimmt. Eine grosse Mehrheit hat damit erkannt, dass es sich hier nicht wie von den Initianten behauptet um eine „genial einfache Lösung“, sondern um einen einfach gestrickten Ladenhüter aus den letzten Wahlen gehandelt hat, der unser Zentrum vollends ins Chaos geworfen hätte.*

*Mit diesem Nein ist der Weg geebnet für sinnvollere Lösungen im Zentrum von Uster. Es braucht jetzt Lösungen mit Augenmass, welche die Bedürfnisse des Gewerbes im Zentrum berücksichtigt und es braucht v.a. eine gute Lösung für die Parkplatzfrage. Jetzt gilt es am Gesamtkonzept „Attraktives Zentrum Uster“ aktiv weiter zu arbeiten. Wir erwarten hier nun Impulse durch den Stadtrat aufgrund unseres gemeinsamen Postulats „Zentrumsentwicklung“.*

*Cla Famos, Gemeinderat FDP*

### **Claudia Bekier**

*Fraktionserklärung der SVP-/EDU- Fraktion zur Ablehnung der „Volksinitiative für ein fussgängerfreundliches Zentrum“*

*Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende*

*Im Prinzip müsste es doch fast unmöglich sein, eine Abstimmung mit dem Titel „für ein fussgängerfreundliches Zentrum“ zu verlieren. Und trotzdem: über 60% der Stimmberechtigten haben die Nein-Parole in die Urne gelegt.*

*Unser Kompliment gilt deshalb all den Bürgerinnen und Bürgern, welche sich nicht haben blenden lassen von dem zweifellos vielversprechenden Titel, sondern einen vertieften Blick hinter die Schlagzeilen auf das Kleingedruckte gewagt haben.*

*Gegensätzliche Standpunkte sind ein Merkmal der Demokratie und dienen der Meinungsfindung. Es scheint uns jedoch, als hätte die linke Ratshälfte vergessen, für wen sie politisiert. Wir sind von der Bevölkerung gewählt und wir haben deren Interessen zu vertreten. Partikularinteressen von Ratsmitgliedern haben in diesem Zusammenhang keine Berechtigung. So haben denn auch bereits vergangene Volksabstimmungen (Bsp. Parkierungsgebühren) gezeigt, dass die linke Ratshälfte oft am Volk vorbei politisiert. Es kann doch nicht sein, dass immer wieder viel Zeit, Energie, Manpower und Geld benötigt werden, um unrealistische, vom Souverän nicht gewünschte Vorhaben zu verhindern.*

*Mit dem gestrigen Entscheid hat das Volk denn auch keine Chance verpasst, sondern eine Frühgeburt verhindert und den Weg geebnet für eine ausgereifte, koordinierte Entwicklung und Planung. Nun gilt es vorwärts zu schauen und ein wirklich fussgängerfreundliches Zentrum für Uster zu schaffen. So wünschen wir uns denn auch, dass eine für alle Beteiligte gute Lösung nicht so vorgestern wie möglich, sondern so bald wie realistisch und verantwortbar gefunden werden kann. Viele wertvolle Inputs hat die Studie des Wirtschaftsforums „ein attraktives Zentrum für Uster“ geliefert.*

*Claudia Bekier  
Fraktionspräsidentin SVP/EDU-Fraktion*

## **1 Mitteilungen**

Der Vorsitzende spricht seine herzliche Gratulation den Läuferinnen und Läufern vom Greifenseelauf vom vergangenen Samstag aus.

Er erinnert an den Apéro der ausgetretenen Ratsmitgliedern Markus Bürki und Simone Michel anschliessend an diese Sitzung.

Ausserdem verweist er auf die Aktenaufgabe (Broschüre 50 Jahre Gemeindeparlament Uster, welche bei Interesse bei den Parlamentsdiensten bezogen werden kann).

## **2 Protokollabnahme**

Das Protokoll der 25. Sitzung des Gemeinderates vom 3. September 2012 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Ziff. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

**3 Postulat Nr. 548 des Ratsmitgliedes Marianne Siegrist betreffend Schaffung eines professionellen Bauprojektmanagements an der Sekundarstufe Uster**

Die Postulantin referiert.

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident  
Geschätzte Anwesende*

*In meinem Postulat fordere ich die Sekundarschulpflege auf, ein Bauprojektmanagement-Handbuch für ihre Bauvorhaben zu erstellen.*

*Welches sind die Beweggründe meines Vorstosses?*

*Das von der Stadt Uster neu erstellte Bauprojektmanagement-Handbuch, welches nach dem Projektierungsabbruch des Schulhauses Krämeracker erstellt wurde, hat mich überzeugt. Deshalb beantrage ich ein solches auch für die SSU. Ein Handbuch soll ein professionelles Bauprojektmanagement gewährleisten. Es soll die Durchführungs- und Planungssicherheit von Bauten auf der Sekundarstufe erhöhen. Geregelte und definierte Prozessabläufe, Verantwortlichkeiten und Kontrollmechanismen sollen definiert sein, um Fehler, bzw. Verzögerungen beim Bauen zu vermeiden. Es soll geregelt werden, in welchen Fällen der Beizug von externen Fachleuten notwendig ist. Ebenso soll fixiert sein, in welchen Situationen die generelle Vergabe an eine externe Projektleitung angezeigt ist.*

*Zudem kann ein Handbuch einen Know-how Verlust in der Schulpflege vermindern. Ich bin überzeugt davon, dass es zukünftigen Bauverantwortlichen der Schulpflege hilft, sich rascher in die Materie einzuarbeiten.*

*Das gewünschte Bauprojektmanagement-Handbuch soll den Verhältnissen der Sekundarstufe entsprechen. Es soll möglichst einfach und übersichtlich aufgebaut sein. Nur ein „Papiertiger“ ist nicht gefragt.*

*Es soll dazu beitragen, dass künftige Bauten professionell und ohne Verzögerungen abgewickelt werden können.*

*Aufgrund der aufgeführten Vorteile, bitte ich Sie, mein Postulat zu unterstützen.*

*Marianne Siegrist Gemeindevorsteherin FDP*

*Wermatswil, 3. Sept. 2012*

Der Vorsitzende fragt den Präsidenten der Sekundarstufe an, ob diese bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Thomas Pedrazzoli führt aus, dass sie bereit ist.

**Walter Meier**

*Sehr geehrter Präsident  
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

*Nach dem das erste Projekt für einen Schulhaus-Neubau im Krämeracker beerdigt werden musste, wurde in der Aufarbeitung der Gründe für das Debakel ein Mangel erkannt: ein Projektmanagement-Handbuch für die Bauvorhaben der Stadt Uster fehlt. Dieses wurde in der Zwischenzeit erstellt.*

*Da die Stadt Uster noch keine Einheitsgemeinde ist und die SSU eine eigenständige Gemeinde ist, gilt das Projektmanagement-Handbuch für die Bauvorhaben der Stadt Uster für die SSU nicht. Sie muss ein solches erarbeiten (aus unserer Sicht: sie müsste das bestehende Handbuch der Stadt Uster abkupfern und auf die Verhältnisse der SSU anpassen). Aufgrund der Vorgeschichte gibt es praktisch keinen anderen Weg – dem Postulat muss zugestimmt werden.*

*Allerdings gibt es doch eine kleine Anmerkung zum Postulat: Die Stadt Uster verfolgt in den nächsten paar Jahren diverse grosse und komplexe Bauprojekte – zum Beispiel Hallenbad, Sanierung/Umbau Dammstrasse, Schulhausneubau im Krämeracker. Für diese Projekte leistet das bestehende Handbuch wertvolle Dienste.*

*Bei der SSU stehen allerdings keine grossen Projekte an: die vier Schulhäuser (inkl. BWS) sind gebaut und die meisten saniert, die Sanierung Weidli ist am Laufen, die Turnhalle an der Freienstrasse ist erstellt und zu bauen gibt es in den nächsten Jahren noch ein bescheidenes zweites Schulhaus auf dem Weidli-Areal. Dieser Bau wird wohl kaum als komplex eingestuft werden. Es besteht also der Verdacht, dass das Handbuch bei der SSU im nächsten Jahrzehnt gar nie aus der Schublade gezogen werden muss.*

*Walter Meier, GR*

### **Thomas Wüthrich**

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Eigentlich seltsam, dass unsere Kollegin Marianne Siegrist den Umweg übers Parlament gehen muss, um ihrem Parteikollegen, dem Präsidenten der SSU, ein professionelles Bauprojektmanagement schmackhaft zu machen. Und eigentlich tragisch, dass die SSU diesbezüglich nicht von sich aus aktiv geworden ist, nachdem sie gesehen hat, wie die Stadt und die Primarschule ein Bauprojektmanagement erarbeitet haben.*

*Inhaltlich habe die Grünen der Argumentation von Marianne Siegrist nichts hinzuzufügen. Selbstverständlich ist es an der Zeit, dass auch die SSU ein solches Handbuch für ihre Bautätigkeiten erarbeitet. Aber ebenso offensichtlich ist, dass sie das Handbuch nicht neu erfinden muss, sondern sich weitgehend an die Vorbilder in der Stadt halten soll. Copy – Paste!*

*Die Grünen unterstützen dieses Postulat, und bitten Sie, dasselbe zu tun.*

*Thomas Wüthrich  
Gemeinderat Grüne*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

### **Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 28 : 0 Stimmen**

**Das Postulat wird überwiesen.**

**4 Antrag des Stadtrates betreffend Kreditbewilligung von 480000 Franken für die Verlegung des Buswendeplatzes bei der Schifflande in Niederuster (Antrag Nr. 126A/2012)**

Für die Kommission Planung und Bau und auch Rechnungsprüfungskommission referiert **Thomas Kürsteiner**, da Jean-François Rossier krankheitshalber abwesend ist.

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Geschätzte Damen und Herren*

*Lassen sie mich ihnen kurz erläutern, weshalb wir heute über den Antrag 126a anstelle des Antrags 126 befinden:*

*Der am 31. Januar 2012 eingereichte Antrag 126 beinhaltete die Neuordnung des Trockenplatzes samt kleinem Park bei der Schifflande in Niederuster, sowie die Verlegung des Buswendeplatzes - ebenfalls bei der Schifflande.*

*Die Kommission Planung und Bau hat an mehreren Sitzungen, zuzüglich einer Begehung vor Ort, über den ursprünglichen Antrag diskutiert. Eingeladen zu den Sitzungen wurden zudem Vertreter vom Segelclub, dem Ruderclub und dem Sportfischerverein.*

*Die eigentliche Brisanz des Antrages – das wurde bald festgestellt - betraf einerseits den Trockenplatz mit unterschiedlicher Auffassung der Antragstellerin und den eigentlichen Nutzer; Segelclub, Ruderclub und Sportfischerverein, was dessen Neugestaltung betrifft.*

*So war man sich uneins darüber, wie die endgültige Gestaltung des Platzes zu definieren ist.*

*Aus Sicht der betroffenen Vereine wäre eine optimale Bewirtschaftung des Trockenplatzes nach der Sanierung nicht mehr gewährleistet.*

*Das etwas ernüchternde Fazit letztlich, dass man den Status quo beibehält und auf eine Sanierung verzichtet, war der Hauptgrund, den nun vorliegenden Antrag 126a vorzulegen; ohne erwähnten Trockenlegeplatz.*

*Aus Sicht der Kommission macht dieses Vorgehen durchwegs Sinn. Es soll so allen Beteiligten genügend Einflussnahme betreffend dem Trockenlegeplatz gewährt werden. Und diese Einflussnahme beansprucht mehr Zeit.*

*Und zudem kann die notwendige Verlegung der Buswendeschlaufe weiter vorangetrieben werden.*

*Was zweifellos das Dringendste aller erwähnten Probleme darstellt.*

*Dass die aktuellen Platzverhältnisse der heutigen Buswendeschlaufe den Bedürfnissen der Verkehrsbetriebe Zürich Oberland nicht mehr genügen, davon konnten sich die Kommissionsmitglieder während der Begehung vor Ort selber überzeugen; denn, damit der Bus die Wendeschlaufe befahren kann, bedarf es nicht ungefährlicher Fahrmanöver von Seiten der Chauffeure. Friktionen zwischen den unterschiedlichen Verkehrsteilnehmern sind gegeben. Eine Verlegung dieser auf die Parzelle Seewisen unterhalb der angestandenen Parkplätze macht deshalb Sinn.*

*Gleichzeitig mit der geplanten Verlegung der Buswendeschlaufe beabsichtigt der Stadtrat, die Parzelle des heutigen Kioskgebäudes als alternativen Standort für das geplante Seerestaurant des Vereins Pavillon Nouvelle zu prüfen.*

*Hier liegt wohl auch die zweite Brisanz des vorliegenden Antrages.*

*Die Kommission konnte im Grundsatz den Argumenten des Stadtrates folgen, dass die Surferwiese auch in Zukunft als solche genutzt werden soll. Alternativ soll nun als zukünftiger Standort für den Pavillon Nouvelle der Standort beim heutigen Kioskgebäude in Betracht gezogen und geprüft werden.*

*Der Verein Pavillon Nouvelle seinerseits, wartet bei Erhalt der rechtskräftigen Baubewilligung auf der Surferwiese mit der Bauausführung solange zu, als dass die bau- und bewilligungstechnischen Abklärungen bei der Seekioskparzelle in Abklärung sind. Sollten diese Abklärungen positiv verlaufen, das heisst eine Realisierung des Pavillons auf der Kioskparzelle wäre möglich, dann würde der Verein die Surferwiese nicht verbauen.*

*Eine Minderheit der Kommission konnte es nachvollziehen, dass die Surferwiese allenthalber und sinnvollerweise auch in Zukunft freigehalten werden soll. Hingegen gab diese Minderheit zu bedenken, dass mit diesem Vorgehen ein offener Wettbewerb, was die Kioskparzelle betrifft, nicht gegeben ist.*

*In der abschliessenden Abstimmung hat die Kommission dem Antrag 126a mit 6:2 Stimmen zugestimmt.*

*In der Rechnungsprüfungskommission gaben weniger die finanztechnischen Fragen der Buswendeschlaufe Diskussionen. Vielmehr wurden, wie bereits schon in der Kommission Planung und Bau, grundsätzliche Fragen gestellt. Grösstenteils wurde deren Beantwortung bereits im vorhergehenden Teil dieses Referats berücksichtigt, weshalb an dieser Stelle nicht mehr weiter darauf eingegangen wird.*

*Was die finanztechnischen Grundlagen betrifft so war es für die Kommission unbefriedigend, dass Unterlagen lediglich in der Aktenaufgabe einsehbar waren. Es ist zukünftig unabdingbar, dass allfälliges Zahlenmaterial den Kommissionsmitgliedern unaufgefordert zur Verfügung gestellt wird.*

*Die RPK hat dem Antrag 126a mit 7:1 Stimmen zugestimmt.*

Der Stadtrat wünscht jetzt noch nicht das Wort.

## **Werner Kessler**

*Werte Kolleginnen und Kollegen*

*Werte Damen und Herren*

*Ich sehe nicht ein, warum man nicht auf der bestehenden Busschlaufe beim Seekiosk nach Lösungen gesucht hat, diese dem Anforderungsprofil der VZO für die längeren Busse auszubauen. Zudem: Es ist nicht nötig, dass Gelenkbusse an den See fahren. Mit dem Viertelstundentakt genügen die Standardbusse vollauf. Es gab meines Wissens noch nie übervolle Busse. Dazu hätte man einfach nur das Gespräch mit dem Landbesitzer Herr Hanspeter Schärer suchen müssen. Dies habe ich dann auch getan und bin mit Herr Schärer zusammen gesessen mit der Anfrage, ob er ca. 250m<sup>2</sup> Land zur Verfügung stellen würde, um einen Ausbau der Busschlaufe zu planen. Mit einem befreundeten Architekten zusammen haben wir eine Projektstudie ausgearbeitet, die den Vorgaben der VZO entsprechen würde. Zudem käme die Haltestelle auf die gegenüberliegende Seite des Seekiosks zu stehen, was weiteren Freiraum zur Folge hätte für Wanderer, Velofahrer, Skater etc. Die Kosten dazu wurden von einem professionellen Strassenbauer gerechnet und kommen auf 70 000.--, ähnlich der Busschlaufe Guldenenstrasse.*

*Für die Verlegung der neuen Buswendeschlaufe auf die „Hündelerwiese“ muss aber mit Kosten von 480 000.— gerechnet werden und mit dieser werden weitere fast 2000m<sup>2</sup> Naherholungsgebiet in der Schutzzone 1 zubetoniert. Diese Verlegung käme also ca. sieben mal teurer zu stehen als der Ausbau am Seekiosk. Die beiden Zonen sind auch kompatibel was die Grundwasser-Schutzverordnung anbelangt.*

*Hanspeter Schärer wäre bereit, das Land für die Busschlaufe unentgeltlich zur Verfügung zu stellen mit einer Dienstbarkeit von 10 Jahren und einer Kündigungsfrist von 12 Monaten. Wird diese Vereinbarung vor Ablauf der Kündigungsfrist von keiner Partei gekündigt, gilt diese jeweils für weitere 10 Jahre. Diese Dienstbarkeit gilt ausschliesslich für die Nutzung der Busschlaufe. Bei einem Rückzug durch die Stadt Uster muss das Land für die Schlaufe wieder renaturiert und in ihren Urzustand zurück versetzt werden.*

*Zudem bin ich überzeugt, dass nach Annahme der Kulturlandinitiative die bestehende Busschleife, auch wenn sie Fruchtfolgeflächen tangiert, im Sinne des öffentlichen Verkehrs und der VZO Vorgaben umgesetzt werden kann, da es nur knapp 250m<sup>2</sup> für den Ausbau braucht und nicht 2000m<sup>2</sup> wie für die Verlegung geplant.*

*Die Pläne betreff Landwirtschafts- und Fruchtfolgeflächen habe ich Euch aufgelegt.*

*Was sich bei diesem Antrag nicht von der Hand weisen lässt, ist die Tatsache, dass primär Platz für den Bau der Rostlaube geschaffen werden will. Das der Stadtrat, trotz einer überwiegenden Mehrheit von über 5400 Unterschriften gegen die Rostlaube, namentlich Oberländer Rekord, an der Rostlaube festhält und dies auch öffentlich kundtut, finde ich eine absolute Unverfrorenheit und einen Affront dem Bürger gegenüber. Dass er auch noch behauptet, dass seiner Meinung eine breite Mehrheit diese Rostlaube am See wünscht, soll er mir erst einmal beweisen. Wir haben mit diesen über 5400 Unterschriften den Gegenbeweis erbracht. Und das Kunst die Meinungen spaltet, beweist ein Bundesgerichtsurteil von 1998, das heisst: Kunst ist soviel Wert, wie ein Narr dafür bezahlt.*

*Es ist unbestritten, dass alle am Greifensee ein Seerestaurant und gesellschaftlichen Treffpunkt wünschen aber nicht auf diese Art, wie der Stadtrat das eingefädelt hat. Ich verlange einen öffentlichen Wettbewerb, es handelt sich schliesslich auch um öffentlichen Raum beim Seekiosk.*

*Ich weise deshalb den Antrag 126A des Stadtrates zurück mit dem Vermerk, dass er zusammen mit dem hängigen Postulat nochmals über die Bücher geht.*

*Werner Kessler*

**Stadtrat Thomas Kübler** ergreift das Wort. Er bezieht sich auf die Ausführungen von Werner Kessler und der Idee, das Land von Hanspeter Schärer zu nutzen. Diese Lösung bringt nichts, da es immer noch schwierig für die Busse wäre, zu wenden und überhaupt, müssten die Busse immer noch bis ganz hinunter fahren, was ja erwiesenermassen gefährlich ist. Es ist überdies nicht wahr, dass die Zone des Parkplatzes und sogenannte Hündelerwiese nicht in der Schutzzone liegt, sondern es ist die sogenannte 6b, Erholungszone. Zu den Ausführungen betreffend Fruchtfolgeflächen: auch die Lösung von Werner Kessler tangiert diese. Die Gesamtsituation und Situation für die Schutzzone ist also ebenfalls nicht besser. Zum Vorwurf, dass der Stadtrat nur Fläche freischaufeln möchte für die „Rostlaube“: auch das ist falsch. Ob es nun der Pavillon Nouvel oder ein anderes Restaurant dereinst sein wird, ist nicht relevant. Platz zu schaffen ist relevant.

### **Abstimmung über den Rückweisungsantrag von Werner Kessler**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 1 : 32 Stimmen**

**Der Antrag wird abgewiesen.**

### **Seyhan Kähya**

*Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen,  
Geschätzte Anwesende,*

*Stelle ich mir die Zukunft der Stadt und dessen Zentrum vor, muss ich mir wohl auch gleichzeitig die Frage stellen, wie das Gebiet um die Schifflande Niederuster in Zukunft aussehen soll.*

*Ich stelle mir die Schiffände als einen Ort vor, an dem man einfach ans Seeufer gelangen kann, wo man in einem Seerestaurant etwas konsumieren kann, wo man sich ohne Gefahren aufhalten kann und den man einfach zu Fuss, mit dem Velo oder mit dem öffentlichen Verkehr erreichen kann. Dieses Ziel kann nur dann erreicht werden, wenn die Buswendeschleife verlegt wird-. Für einen Buschauffeur ist es heute schon eine genügend grosse Schwierigkeit, mit dem Bus zu wenden, ohne einen Inlineskater, Radfahrer oder Hund anzufahren. Der Platz ist bereits zu knapp. Was also, wenn Gelenkbusse zum Einsatz kommen werden? Die KPB hat diese ungünstigen Umstände an einem Augenschein bestätigt.*

*Diesen Punkt, wo so beliebt und gut besucht ist, wollen wir sicherer machen. Dazu ist die Verlegung der Busschleife nötig. Die Verkehrsbetriebe haben es schon unmissverständlich gesagt, dass sie ohne Verbesserung der heutigen Situation die Schiffände nicht mehr bedienen würden. Das wäre eine kleinere Katastrophe. Wir sichern mit diesem Antrag letztlich auch in Zukunft eine gute Erschliessung der Schiffände mit dem Öffentlichen Verkehr.*

*Ausserdem schafft man durch die Annahme Platz für was anderes. Ob dort dann auch das Seerestaurant zu stehen kommt, wird sich zeigen. Wir könnten uns dies durchaus vorstellen, sind uns aber ob den grossen Hürden durchaus bewusst. Die SP-Fraktion begrüsst den Schritt, für einen auch in Zukunft wohl und sicher befördernden Öffentlichen Verkehr zu investieren. Dieser Betrag trägt zum Wohle und Sicherheit der Nutzern und auch Busfahrern bei. Man kann nicht im Zentrum wachsen und entwickeln, aber am See, im Sommer eines der meist pulsierenden Plätze in Uster, hindendrein bleiben. Ein sicherer Zugang zum See muss gerade in der wachsenden Wohnstadt am Wasser für alle gewährt sein.*

*Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit.*

*Seyhan Kähya, 24.09.2012*

## **Rudolf Locher**

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident  
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

*Die FDP/JFU - Fraktion sagt ja zu dieser Verlegung.*

*Eine kleine Bushaltestelle erzeugt viele Fragen und führt nun zu einer pragmatischen Lösung.*

*Wir haben die Pläne gesichtet, die Argumente und Gegenargumente angehört, wir haben die unterschiedlichen Interessen gegenübergestellt; wir waren vor Ort und kennen die dortige Situation.*

*Der heutige Wendeplatz ist oder war nicht zu klein, es sind die Busse, welche immer grösser werden und so markant mehr Platz benötigen. Der VZO stellt klare (und teure) Bedingungen, wir Ustermer haben diese zu erfüllen. Die Konsequenz wäre die Nichtmehrbedienung dieser Haltestelle. Ein Halt oben an der Seestrasse.*

*Ebenso wichtig ist die Wiederherstellung der heute nicht mehr gewährleisteten örtlichen Sicherheit. Heute kreuzen sich dort gleichzeitig der Busse, die Auto-Zubringer, Kurs-Schiffsbenutzer, Fussgänger, Badbesucher, Bootsplatznutzer, sehr viele Velos, Rollerblader, Skater, Jogger, Fischer usw.*

*Gleichenorts findet sich der Vorplatz des Kiosks, der Zugang zu den öffentlichen Toiletten und der Wartevorplatz zum Bus.*

*Unser Hauptargument zum Ja der FDP/JFU Fraktion, ist eben diese sich verbessernde notwendige Sicherheit.*

*Für einmal müssen wir die teilweise sachlich durchwegs begründeten nicht abwägigen Hinweise bezüglich von Umsetzungsfragen rund um das geplante Seerestaurant **ausdrücklich** ausblenden, hier geht es um die Bushaltestelle, um die Sicherheit und deren praktische und zukunftsorientierte bauliche Lösung.*

*Zur Wendeschleife sagt die FDP/JFU Fraktion deshalb ja.*

*Ich danke für die Aufmerksamkeit.*

*Rudolf Locher, FDP Uster*

### **Ursi Räuftlin**

*Sehr geehrter Präsident,  
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

*Der Busbetrieb an der Schiffländte im heutigen Zustand führt in der Tat immer mal wieder zu Gefährdungen von Fussgänger, Skatern oder Velofahrern. Dass die Buswendeschleife deshalb verlegt werden muss, um den Verkehr zu entflechten, dürfte hier im Rat allen klar sein.*

*Dass der Stadtrat diese Gelegenheit gleichzeitig nutzen will, diesen dadurch frei werdenden Platz für das Seerestaurant zu verwenden, macht Sinn. Damit kann dem Verein Pavillon Nouvel ein Alternativstandort angeboten werden und die Surferwiese, wie dies offenbar von vielen Leuten gewünscht wird, freigehalten werden. Falls das wirklich so umgesetzt werden kann, wird man wirklich von einem Befreiungsschlag sprechen können.*

*Wir von der GLP-EVP-CVP stehen hinter dieser Idee des Stadtrates und gewähren ihm den gewünschten Kredit für die Verlegung der Buswendeschleife und stimmen damit dem vorliegenden Antrag zu.*

*Das war jetzt doch etwas kurz. Ich bin mit unserem Fraktionsvotum eigentlich noch gar nicht fertig. Obwohl wir dem Stadtrat in seiner Idee zustimmen, haben wir doch noch einige Anmerkungen zu machen. Als Ingenieurin mit Fachwissen im Bereich Bau / Gewässer kann ich nicht hinter dem vom Stadtrat vorgeschlagenen Standort südwestlich des bestehenden Parkplatzes stehen. Diese Parzelle liegt wie der jetzige Standort in der Grundwasserschutzzone S2. In der Engeren Schutzzone S2 und im Fassungsbereich S1 besteht grundsätzlich ein Bauverbot. Der Bau am Rand der Zone S2 ist zwar sicher besser, als der jetzige Standort. Der heutige Standort wird aber nicht rückgebaut, sondern ist für den Bau eines Restaurants vorgesehen. Der Stadtrat plant also nicht einen Ersatz, sondern einen weiteren Bau in der Grundwasserschutzzone S2. Die Erteilung der wasser- und gewässerschutzrechtlichen Bewilligungen erfolgt im Rahmen des koordinierten Bewilligungsverfahrens bei der kantonalen Verwaltung, welche die Unterlagen der zuständigen Fachstelle, hier dem AWEL, weiterleitet. Und das AWEL ist bei mir nicht gerade bekannt als Amt, das alles einfach so abnickt. Ich bezweifle deshalb, dass eine Bewilligung an diesem Standort innert nützlicher Frist erteilt werden kann. Wir laufen Gefahr, dass wir dem ZVV keinen Alternativstandort in Seenähe anbieten können, und die Busse deshalb in Zukunft in der Schliffi wenden werden.*

*Falls doch in der Zone S2 gebaut werden dürfte kommt dazu, dass Bauen in der Grundwasserschutzzone S2 teurer ist, als in der benachbarten Grundwasserschutzzone S3. So sind in der S2 beispielsweise Doppelrohrsysteme oder geschweisste Rohre für Abwasserleitungen vorgeschrieben. Zudem können auch keine Bauinstallationsplätze in den Schutz zonen erstellt werden. Sämtliche Maschinen und Geräte sind bei Nichtgebrauch ausserhalb dieser Zonen zu lagern. Der Bauinstallationsplatz wird in der entfernten Zone Au, also auf der Höhe des Hofes Kunz,*

*angeordnet werden müssen. Solche Massnahmen verursachen ganz klar Kosten, die in der vorliegenden Schätzung explizit nicht enthalten sind. Zitat: „Allfällige Kosten die durch besondere Forderungen im Zusammenhang mit dem Grundwasserschutz (AWEL) entstehen könnten, sind in der nachfolgenden Kostenschätzung nicht enthalten“. Diese Forderungen könnten nicht nur entstehen, sie werden ganz sicher vom AWEL verlangt werden. Neben den höheren Baukosten sind auch höhere Folgekosten für den Unterhalt nicht zu vergessen. Dies sind beispielsweise periodische Dichtheitsnachweise.*

*Direkt an den vorgeschlagenen Standort grenzt der öffentliche Parkplatz, welcher in der Grundwasserschutzzone S3 liegt. Aus bereits erwähnten Gründen würden wir die Planung der Buswendeschlaufe ganz oder teilweise auf dem bestehenden Parkfeld in der Schutzzone S3 bevorzugen. Eine Verlegung von S2 in S3 wäre nicht nur günstiger, sondern auch sicherer für die weitere Planung. Die dadurch wegfallenden Parkplätze sind in der heutigen Bauweise nicht konform in der S3. Wir unterstützen es, für die dadurch aufgehobenen Parkplätze ist ein Ersatzstandort in der Zone Au zu suchen.*

*Die GLP-EVP-CVP-Fraktion wünscht vom Stadtrat, dass er die Projektierung der Buswendeschlaufe im Sinne des Gewässerschutzes optimiert und alle rechtlichen und normativen Vorgaben bei der Planung beachtet.*

*Ursula Räuftlin  
Gemeinderätin Grünliberale*

### **Thomas Kürsteiner**

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Geschätzte Anwesende*

*Die SVP/EDU-Fraktion stimmt dem Antrag 126A betreffend die Verlegung des Buswendeplatzes kritisch zu. Kritisch deshalb, weil mit dem bereits in den Kommissionsreferaten erläuterten Vorgehen ein offener Wettbewerb hinsichtlich der Errichtung eines Seerestaurants auf der Kioskparzelle verhindert wird. Da die Verlegung des Buswendeplatzes, um welche es vorliegend ja in der Hauptsache geht, respektive gehen sollte, aus Sicherheitsgründen offensichtlich notwendig ist, stimmt die SVP/EDU-Fraktion dem vorliegenden Antrag zu.*

*Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit*

*Thomas Kürsteiner  
Gemeinderat, JEDU*

### **Patricio Frei**

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Selbstverständlich freuen sich die Grünen Uster, wenn sich der Ustermer Stadtrat für den öffentlichen Verkehr einsetzt. Selbstverständlich werden wir die Vorlage unterstützen. Denn mit der Verlegung des Buswendeplatzes zeigt der Stadtrat, dass ihm eine umweltschonende Mobilität und*

*möglichst attraktive Umsteigebedingungen wichtig sind. Zudem begrüßen wir seine Weitsicht, mit diesem Vorschlag die Situation um den Standort des Pavillon Nouvelle voranbringen zu wollen.*

*Aber: Es gibt aus unserer Sicht ein grosses Fragezeichen hinter dem nun vorgeschlagenen neuen Standort des Wendeplatzes. Dieser liegt in der Gewässerschutzzone. Eine entsprechende Stellungnahme des Awel fehlt in den Unterlagen.*

*Aus unserer Sicht geht der Stadtrat mit dem Verzicht, bereits in der Vorabklärung das Awel zu konsultieren, ein unnötiges Risiko ein. Weitere Auflagen oder die Suche nach einem alternativen Standort des Buswendeplatzes kann nicht ausgeschlossen werden. Dadurch könnte das Projekt verzögert oder gar gefährdet werden. Das finden wir Grüne schade.*

*Dem Stadtrat wünschen wir viel Glück auf diesem eingeschlagenen Weg. Er wird es brauchen können.*

*Patricio Frei  
Fraktionspräsident Grüne*

**Stadtrat Thomas Kübler** ergreift nochmals das Wort. Er verweist auf die Diskussionen in der vorberatenden KPB, dass der Stadtrat eine Vereinbarung mit dem Verein Pavillon Nouvel eingegangen ist, die nicht nur den Verkauf des Kunstwerkes beinhaltet sondern auch eine Baubewilligung und ein Restaurant. Dann wird ein Investor gesucht. Er erinnert daran, dass der Stadtrat nur noch wählen kann zwischen der Surferwiese oder dem Kioskstandplatz. Aber dass gebaut wird, ist klar. Man bemüht sich, die Surferwiese freizuspielen. Der Ausschlag gegeben, jetzt zu handeln, hat die VZO mit der Drohung, irgendwann nicht mehr bis an den See zu fahren mit den Bussen aus bekannten Gründen. Vorabklärungen zu treffen beim AWEL bringt nichts, wie schon in der Kommission ausgeführt, man muss bei den Ämtern mit konkreten Baugesuchen kommen. Der Stadtrat zeigt sich zuversichtlich, dass man zu den Bewilligungen kommt.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

#### **Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 32 : 1 Stimmen**

- 1. Für die Verlegung des Buswendeplatzes bei der Schiffflände in Niederuster wird ein Kredit von 480 000 Franken gesprochen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 5 Antrag des Stadtrates betreffend Energie Uster AG - Geschäftsbericht 2011 (Antrag Nr. 136/2012)

Bruno Modolo befindet sich als CEO der Energie Uster AG im Ausstand.

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Marius Weder**.

*Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende*

*Mit Sitzung vom 10. September 2012 war bei der KÖS der Antrag des Stadtrats Nr. 136 betreffend den Geschäftsbericht 2011 der Energie Uster AG traktandiert. Zur Erläuterung des Geschäfts sowie zur Beantwortung von Fragen erschienen Stadtrat Werner Egli, Abteilungsleiter Finanzen, Stadtrat Thomas Kübler, als Verwaltungsratspräsident der Energie Uster AG, Thomas Christen, Leiter Finanzen Energie Uster AG und Bruno Modolo, CEO Energie Uster AG. Letzterer trat für dieses Geschäft als Gemeinderat und Kommissionsmitglied wie bei Geschäften betreffend die Energie Uster AG üblich in den Ausstand.*

*Stadtrat Werner Egli konnte der Kommission Bericht erstatten über das in finanzieller Hinsicht wiederum erfolgreiche Geschäftsjahr 2011 mit einem Gewinn von knapp 2,6 Mio. Fr., also fast so hoch wie im Vorjahr. Die ausgeschüttete Dividende beträgt wiederum 6%. Sie ist gewissermassen vorgegeben durch das Steuergesetz; wäre sie höher, wäre sie nicht steuerfrei. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Eigenkapitalrendite mit rund 50% sehr stark. Branchenempfehlungen gehen diesbezüglich von 40-45% aus, die anzustreben seien. Die Rückstellungen sind erhöht worden und die Liquidität ist sehr gross. Der Ökofonds hat um 400'000 Fr. geäufnet werden können.*

*In organisatorischer Hinsicht war zu vermelden, dass an der Generalversammlung der gesamte Verwaltungsrat wiedergewählt wurde. Ebenso wurde Frau Patricia Bernet neu für 3 Jahre in den Verwaltungsrat gewählt. Auch die Revisionsstelle wurde bestätigt.*

*Zwischen der Stadt Uster und der Energie Uster AG wurden weiter Verhandlungen geführt bezüglich des Konzessionsvertrags. So wurde der Pro-Kopf-Beitrag pro Kunde von Fr. 20 auf Fr. 22 erhöht mit Gültigkeit ab Januar 2013. Hierbei handelt es sich um eine Pro-Kopf berechnete Konzessionsabgabe der Energie Uster AG an die Stadt Uster, die wiederum entsprechend auf die Kunden überwältzt wird. Der Betrag wurde im Jahr 2000 in dieser Höhe festgelegt und blieb seither gleich hoch. Es handelt sich dabei also um eine Anpassung an die Teuerung. Der Stadtrat wird in den nächsten Wochen diese Konzessionserhöhung bestätigen.*

*Seitens von VR-Präsident Thomas Kübler wurden die Kommissionsmitglieder über das weitere Vorgehen hinsichtlich der Strategie 2020 informiert. Im kommenden Januar wird voraussichtlich eine diesbezügliche Information zuhanden des Gemeinderats ergehen. Weiter informierte er, dass im vergangenen Jahr ein grosses Augenmerk auf die Zusammenarbeit zwischen der Energie Uster AG und der Stadt Uster gelegt worden sei. Gewisse unvermeidbare Konflikte kämen dabei vor allem bei Bauvorhaben, Sanierungen etc. zum Vorschein. Es fänden bereits heute aber gute Gespräche statt, der Dialog werde gepflegt und alle Beteiligten legten grossen Wert darauf, dass die Zusammenarbeit gut funktioniere.*

*Im Rahmen der folgenden Fragen der Kommissionsmitglieder und der sich daraus ergebenden Diskussionen wurde zudem auf die künftigen Möglichkeiten der Höhe der Dividende, der Gewichtung hinsichtlich Rückstellungen und Reserven sowie der Möglichkeiten im Bereiche des Ökofonds hingewiesen. Zudem wurde erneut auf die Thematik mit der Energie Uster AG als privatrechtlich organisierte Gesellschaft mit der Stadt Uster als deren Alleinaktionärin und der sich daraus ergebenden beschränkten Einflussmöglichkeiten der Stadt bzw. des Stadtrats eingegangen.*

*Abschliessend möchte ich mich namens der KÖS bei Herrn Stadtrat Werner Egli sowie den Herren Vertretern der Energie Uster AG für die kompetent vorgetragenen Informationen anlässlich der Kommissionssitzung bedanken.*

*Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit*

*24. September 2012*



*Marius Weder*

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Sefan Kern**.

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Geschätzte Anwesende*

*Ich möchte nur die folgende Ergänzung machen:*

*Erwähnenswert sind die CHF 0,4 Mio. als Einlage in den Ökofonds.*

*Für die Erklärungen und Erläuterungen danken wir herzlich den seinerzeit Anwesenden*

- Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen der Stadt Uster*
- Thomas Kübler, Verwaltungsratspräsident der Energie Uster AG*
- Bruno Modolo, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Energie Uster AG*
- Thomas Christen, Bereichsleiter Finanzen und Administration der Energie Uster AG*

*Die RPK hat einstimmig diesem Antrag zugestimmt.*

*Nänikon, 24. September 2012*

*Stefan Kern*

*Gemeinderat Uster*

## **Cla Famos**

*Sehr geehrter Gemeinderatspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren*

*Die Freisinnige Fraktion nimmt zustimmend vom Geschäftsbericht 2011 der Energie Uster AG Kenntnis.*

*Die Energie Uster AG ist ein starkes und gesundes Unternehmen, das die nötige Versorgung in unserer Gemeinde sicherstellt.*

*Wir erwarten, dass die Energie Uster AG im Bereich alternative Energie weitere Schritte unternimmt und Innovation auch bei Privaten unterstützt.*

*Insbesondere kann der Ökofonds noch bedeutend benutzerfreundlicher und innovativer ausgestaltet werden. Die Benutzung des Ökofonds ist bisher hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Es liegt an der Energie Uster AG, zusammen mit der Fondskommission hier Mittel und Wege zu finden, um – immer im Bereich des wirtschaftlich sinnvollen – den Ansprüchen einer ökologischen Energiereform noch besser gerecht zu werden. Beispielsweise sollte unseres Erachtens auch der Bereich von solarer Stromproduktion gefördert werden: und dabei besser mit Investitions- als mit Betriebskostenbeiträgen.*

*Dass die Energie Uster hohe Rückstellungen tätigen kann, ist erfreulich und wappnet die Unternehmung für die künftigen Herausforderungen.*

*Cla Famos, Gemeinderat FDP*

## **Markus Wanner**

*Die SP-Fraktion hat den Geschäftsbericht 2011 der Energie Uster AG ebenfalls zur Kenntnis genommen. Sie hat den Bericht mit zwei unterschiedlichen Brillen betrachtet, einmal mit einer ökonomischen Brille, also mit dem Fokus auf die Wirtschaftlichkeit, und einmal mit der ökologischen Brille, also mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit und Umwelt.*

*Zuerst zur Wirtschaftlichkeit*

*Die Energie Uster AG weist wiederum ein hervorragendes Resultat aus, Gratulation an alle Beteiligten. Der Jahresgewinn beträgt CHF 2,6 Mio. Nimmt man noch die zusätzliche Rückstellung von CHF 3 Mio. dazu, beträgt der Erfolg eigentlich CHF 5,6 Mio., das bei einem Umsatz von CHF 50 Mio.*

*Eine Frage muss aber gestellt werden: Wie soll der hohe Gewinn verwendet werden? Da die Energie Uster AG eine gemeinnützige AG ist und daher keine Steuern zahlen muss, darf sie nicht mehr als 6 % Dividende auszahlen. Selbstverständlich kann man auch mehr als 6 % auszahlen, aber eben, dann müsste sie Steuern zahlen. Müsste Steuern zahlen? Ja warum eigentlich nicht, die Energie Uster AG ist ja eine AG und misst sich mit ihren Dienstleistungen am Markt, da wäre es ja nur normal, wenn sie auch Steuern zahlen würde. Aber das ist ein anderes Thema, auf das die SP-Fraktion bereits beim letztjährigen Bericht hinwies. Zurück zur Gewinnverwendung: Die Reserven betragen rund CHF 20 Mio., dies bei einem Aktienkapital von CHF 10 Mio. Auch das eine äusserst komfortable Situation. Interessant wird werden, für was die Energie Uster AG diese Reserven einsetzen will, denn die Verwendung von Reserven ist rechtlich sehr eingeschränkt. Wir bleiben dran.*

*Zur ökologischen Sicht*

*Der Ökofonds mit den Zielen „erneuerbare Energie zu fördern“ und „die Energieeffizienz zu steigern“ ist an und für sich eine gute Sache. Wie auch letztes Jahr wird der Ökofonds aber zu wenig genutzt, trotz Bemühungen der Energie Uster AG, diesen den Konsumenten bekannter zu machen. In unseren Augen ist der Ökofonds deshalb noch kein Erfolgsmodell. Hier erwarten wir nach wie vor mehr Engagement und Ideen, ev. braucht es auch eine Erweiterung der Verwendungszwecke dieser Fonds.*

*Im Geschäftsbericht vermissen wir einen Hinweis, ein Kommitment zur Energiewende. Die Gemeindeordnung erteilt einen klaren Auftrag: In Artikel 1 Abs. 4 steht: Die Gemeinde setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit ein für die Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energiequellen. Wir lesen im Geschäftsbericht: „Das Potenzial für erneuerbare Energien wie Wasser und Wind ist begrenzt. Es ist mit einer Angebotsverknappung zu rechnen. Weiter steht: „Durch eine geschickte Beschaffungspolitik und den Kauf von Zertifikaten reduziert die Energie Uster AG den in der Nordostschweiz hohen Kernenergieanteil von 85 %, sodass sie ihren Kunden auf begrenzte Zeit als Standard einen Wasserkraftanteil von 50 % liefern kann.“ Ist das jetzt eine Erfolgsmeldung, ein Schritt in die Nachhaltigkeit? 50 % erneuerbare Energie auf begrenzte Zeit? Das wurde bereits vor zwei Jahr so kommuniziert. Wir sind da anderer Meinung was die Nachhaltigkeit anbelangt. Wenn man will, kann man. Herrliberg hat bereits vor fünf Jahren ihr Grundangebot auf Naturstrom umgestellt. Wer in Herrliberg wohnt, kann gar kein Atomstrom beziehen, es ist also eine atomstromfreie Gemeinde. Erlenbach ist dieser Strategie vor 1 Jahr gefolgt. Die Werke am Zürichsee, welche vergleichbar sind mit der Energie Uster AG, bietet ihren Kunden „Naturstrom basic“ an, und zwar als Standard. Genau das wollen wir in Uster: Der Standard ist ökologischer Strom, wer Atomstrom will, soll dies separat bestellen.*

*Dass dies möglich ist zeigen die vorher erwähnten Gemeinden, oder auch die Stadt Zürich. Der Gemeinderat Uster kann das leider nicht selber bewirken, dem sind wir uns bewusst. Aber es ist natürlich nicht so, dass die Politik die Strategie der Energie Uster AG nicht beeinflussen kann, so wie es der Stadtrat immer wieder erwähnt. Die Aktionärsrechte sind beim Stadtrat. Und der kann, wenn er will, aber er will scheinbar nicht. Der Stadtrat kann als Alleinaktionär selbstverständlich Einfluss nehmen auf die Strategie der Energie Uster AG. Denn die Aktionäre bestimmen über die strategische Ausrichtung der AG. Der Stadtrat kann also die Energiewende in Uster forcieren, indem er seine Aktionärsrechte ausübt und endlich Einfluss auf den Verwaltungsrat nimmt. Und wenn der Stadtrat findet, der Verwaltungsrat entscheidet nicht im Sinn der Gemeindeordnung und der Nachhaltigkeit, muss er seine Aktionärsrechte wahrnehmen und den Verwaltungsrat ersetzen.*

*Für eine nachhaltige Energieversorgung fordert die SP Uster folgendes:*

- 1. Wir wollen eine nachhaltige Energieversorgung in Uster, d.h., dass Uster standardmässig mit erneuerbarer Energie versorgt wird, wie dies in anderen Gemeinden schon länger der Fall ist.*
- 2. Wir wollen, dass effiziente Energieanwendungen und erneuerbare Energie vermehrt gefördert werden, dafür sollen auch die hohen Gewinne der letzten Jahre eingesetzt werden können.*
- 3. Wir wollen, dass ausreichend ökologische Energieprodukte angeboten werden.*

*Wir sind daher sehr gespannt auf den Strategiebericht der Energie Uster AG, der dem Gemeinderat Anfang nächstes Jahr zur Kenntnis vorgelegt wird. Wir erwarten, dass endlich eine nachhaltige Energieversorgung umgesetzt wird.*

## **Thomas Wüthrich**

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Die Grüne Fraktion als Mitbesitzerin des volkseigenen Betriebs Energie Uster AG nimmt davon Kenntnis, dass sie vom Geschäftsbericht 2011 der Energie Uster AG Kenntnis nehmen darf.*

*Die Grünen nehmen davon Kenntnis, dass der Geschäftsbericht der Energie Uster AG die Mär der Stromlücke in unkritischer Art und Weise weiterverbreitet. Eine Mär, die mächtige Stromlobby bereits vor Fukushima und vor der breiten Atomausstiegsdebatte in die Welt gesetzt hat.*

*Die Grünen nehmen davon Kenntnis, dass der Geschäftsbericht, die Verunsicherung weiter fördert, wenn er wie auf Seite 3, die Versorgungssicherheit in Frage stellt und der Ustermer Bevölkerung „unerträgliche Auswirkungen im täglichen Leben“ in Aussicht stellt. Von mehr Willen, kommende Herausforderungen zu meistern, zeugt der Titel „Herkulesaufgabe zu bewältigen“ – denn, wie Sie alle wissen, erledigte Herkules die ihm gestellten 12 Aufgaben dank Kraft, List und Innovation mit Bravour.*

*Die Grünen nehmen zur Kenntnis, dass der Standardstrommix der Energie Uster AG im Berichts-jahr weiterhin einen grossen Anteil an Atomstrom enthielt. Dabei sollte der Standardstrommix ausschliesslich aus erneuerbaren Energiequellen gespeist werden, so wie dies jüngst Fehraltorf beschlossen hat.*

*Die Grünen nehmen zur Kenntnis, dass die Energie Uster AG andere Vorstellungen von der Funktion des Solarstroms hat. Dieser Strom soll eben nicht gespeichert werden, sondern ist zum sofortigen Verzehr bestimmt. Das hat für die Stromkonzerne unangenehme Auswirkungen. Das bislang florierende Geschäft über Mittag wird zum Klumpenrisiko. Denn konnte Wasser bis dato in der Nacht zu tiefen Atomstromtarifen in die Speicherseen gepumpt und über Mittag äusserst lukrativ verstromt werden, decken jetzt ausgerechnet die Fotovoltaikanlagen die Mittagsspitzen ab.*

*Die Grünen nehmen zur Kenntnis, dass der Solarstrom der Energie Uster AG – trotz der Preissenkungen auf das kommende Jahr – noch immer doppelt so teuer ist wie in anderen Gemeinden.*

*Schliesslich nehmen die Grünen zu Kenntnis, dass in der Energie Uster AG einige gute Ansätze in die richtige Richtung zu erkennen sind, dass aber in der Ustermer Energiepolitik noch Vieles zu verbessern ist.*

*Und ob soviel Kenntnisnahme fragt es sich, ob damit tatsächlich ein nachhaltiger Erkenntnisgewinn erzielt werden kann. Die Grünen nehmen den Geschäftsbericht zur Kenntnis*

*Thomas Wüthrich  
Gemeinderat Grüne*

**Wolfgang Harder** ergreift das Wort. Er befindet den Jahresbericht für sowohl qualitativ und inhaltlich als gut, er gratuliert zum Geschäftsergebnis, gibt grundsätzlich seine Zustimmung und dankt für die guten Diskussionsmöglichkeiten. Ein Schwerpunkt sei angemerkt: Die Entwicklung von Energie Uster, nicht nur finanziell sondern auch hinsichtlich der Massnahmen, um bei einer Energiewende mitzuwirken. Da fehlt ihm eine klare Message im Geschäftsbericht. Weitere Themen: Wie nimmt der Stadtrat die Auswahl der Verwaltungsratsmitglieder wahr? Der Stadtrat sollte aktiv Einfluss nehmen auf die Energie Uster AG und zwar jetzt.

**Stadtrat Thomas Kübler** ergreift das Wort als VR-Präsident der Energie Uster AG. Er findet es bedauerlich, dass heute von linker Seite derart fundamentale Fragen aufgeworfen werden und diese nicht in der Kommission gestellt worden sind, wo alle namhaften Vertreter der Energie Uster AG anwesend waren. Und jetzt im Gemeinderat kommt ein ganzes Bündel von Vorwürfen. Er erinnert an den Passus in der Gemeindeordnung betreffend der Energie Uster AG. Wenn es hier so viel Kritik gibt, muss die GO geändert werden. Zur Gewinnverwendung verweist er auf die Strategie, eine entsprechende Information kommt anfangs 2013, nicht als formellen Antrag sondern nur eine Informationsveranstaltung. Zur Steuerbefreiung: Wie alle ähnlichen Unternehmungen ist auch die Energie Uster AG steuerbefreit. Sie wäre im Verhältnis zur Konkurrenz erheblich belastet, wenn sie steuerbelastet wäre. Zum Gewinn: es ist nicht so, dass etwas angehäuft wird. Der VR hat die entsprechende Strategie verabschiedet und daran kann nichts mehr geändert werden. Zum Thema Energiewende: Wir wissen heute ja nicht mal genau, wie der Bundesrat diese umsetzen will. Zuerst brauchen wir entsprechende Vorgaben, die wir dann erfüllen können.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 32 : 0 Stimmen**

- 1. Vom Geschäftsbericht 2011 der Energie Uster AG wird Kenntnis genommen.**
- 2. Mitteilung an**
  - Stadtrat
  - Energie Uster AG

**6 Antrag des Stadtrates betreffend Teilrevision der Gemeindeordnung (Einführung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Uster auf den 1. Januar 2013) (Antrag Nr. 137/2012)**

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Wolfgang Harder**.

*Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat gestützt auf Art. 32 lit. d i.V. m. Art. 20 lit. c der Gemeindeordnung vom 25. November 2007, folgenden Beschluss zu fassen:*

- 1. Die Teilrevision von Art. 4, 49 und 51 der Gemeindeordnung wird genehmigt.*
- 2. Der Stadtrat wird mit der Durchführung der Urnenabstimmung beauftragt.*
- 3. Die Sozialbehörde wird nach Eintritt der Rechtskraft dieser Teilrevision beauftragt, eine allfällige Neuwahl vorzubereiten.*

*Das Geschäft wurde von der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit an ihre Sitzung vom 20. August 2012 erstmals und am 10. September 2012 noch einmal besprochen.*

*Der Stadtrat wurde an der ersten und zweiten Sitzung vertreten durch den Stadtpräsidenten Martin Bornhauser, von Abt. Soziales war ebenfalls zweimal anwesend der Abteilungsleiter Armin Manser*

*Vorbemerkung:*

*Im Internet steht zu lesen (Stand 23.9.19.30):*

*Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit hat das Geschäft an ihrer Sitzung vom 10. September 2012 einstimmig gutgeheissen.*

*Das ist nicht ganz korrekt, dazu sogleich:*

*Ausgangslage:*

*Die Eidgenössischen Räte haben am 19. Dezember 2008 neue Bestimmungen zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht beschlossen. Diese Bestimmungen werden am 1. Januar des kommenden Jahres in Kraft treten.*

*Die Kantone wurden mit dem Vollzug beauftragt. Daher hat der Kantonsrat am 26. Juni dieses Jahres ein Einführungsgesetz erlassen. Dieses Gesetz tritt voraussichtlich im letzten Quartal dieses Jahres in Kraft.*

*Auch die Stadt Uster muss Massnahmen treffen, damit die Vorlage fristgerecht, das heisst bereits am 1.1.2013 umgesetzt werden kann.*

*Stadtrat und der Abteilungsleiter Soziales, Herr Manser, haben die KÖS eingehend über die getroffenen und vorgeschlagenen Massnahmen informiert.*

*Bezüglich des gestellten Antrages sind folgende zwei Elemente zentral:*

- a) Die Behördenorganisation muss angepasst werden*
- b) Die Gemeindeordnung muss teilrevidiert werden.*

Dazu folgendes:

*Im neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht hat es keinen Platz mehr für kommunale Normen zum Vormundschaftsrecht. Daher ist die Gemeindeordnung in zwei Bereichen zu ändern:*

- 1. ist das Vormundschaftswesen aus der Gemeindeordnung zu löschen;*
- 2. Sozialbehörde und Stadtrat schlagen, als Konsequenz aus der Aufgabenreduktion der Sozialbehörde, eine Reduktion der Mitglieder der Sozialbehörde von 7 auf 5 Personen vor.*

*Vorschlag des Stadtrates: Reduktion der Anzahl Behördenmitglieder von 7 auf 5*

*Innerhalb der KÖS gab vor allem der Vorschlag des Stadtrates die Sozialbehörde um zwei Mitglieder zu reduzieren, Anlass für Diskussionen und weitere Abklärungen. Dies aus folgenden Gründen.*

*Von Seiten der Stadt wurde klar kommuniziert, dass für die neu durchzuführenden Aufgaben 5 Mitglieder der Sozialbehörde ausreichen. Der Minimalbestand der Behörde beträgt ebenfalls 5 Personen. Dies schien der Kommission grundsätzlich vernünftig.*

*Indes: Der Vorschlag zur Reduktion der Sozialbehörde um zwei Mitglieder lautete dahingehend, dass - sollte sich bis zur Rechtskraft des Volksentscheids keine «freiwillige Austritte» ergeben, die Sozialbehörde eine Neuwahl vorzubereiten hat. Das ist denn auch Ziffer 3 des stadträtlichen Antrags an Sie.*

*Man ging innerhalb des Stadtrates aufgrund der Informationen, die bekannt wurde, offenbar davon aus, dass zwei Mitglieder freiwillig zurücktreten würden.*

*Zum Zeitpunkt der Kommissionssitzungen waren jedoch noch keine freiwilligen Rücktritte bekannt.*

*Der Vorschlag bzw. das geplante Vorgehen führte in der KÖS zu intensiven Diskussionen, denn es wurde erkannt, dass ein solches Vorgehen – ohne freiwillige Rücktritte - nicht einfach so durchgeführt werden kann. So wurde hinterfragt, wie freiwillig diese Rücktritte seien und ob diese freiwilligen Rücktritte schon bekannt seien bzw. wer wann zurücktreten würde. Über klare Informationen verfügten dazu weder die Parteien noch das Sozialamt oder der Stadtrat.*

*Da sich zeigte, dass auch bei den Parteien Klärungsbedarf über mögliche Rücktritte und das weitere Vorgehen bestand entschied die KÖS einstimmig, das Geschäft noch einmal zu traktandieren.*

## *2. Sitzung vom 10.09.2012*

*Es zeigt sich, dass die KÖS Mitglieder ihre Hausaufgaben gemacht hatten und gut vorbereitet in die zweite Sitzung starteten.*

*Gleich zu Beginn wurde der Antrag gestellt, dass für die gewählten Mitglieder bis Ende der Legislatur eine Übergangsregelung gefunden werden muss.*

*In der nachfolgenden Debatte wurde diskutiert, wie eine Reduktion der Sozialbehörde innerhalb der verbleibenden Amtszeit umgesetzt werden kann. Da*

- a) die Behördenmitglieder vom Volk gewählt wurden*
- b) die Reduktion einer Behörde innerhalb einer Amtsperiode auch bezüglich der politischen Vertretung, die trotz der verlangten hohen Fachkompetenz der Behördenmitglieder nicht irrelevant ist, massgebliche Konsequenzen haben könnte*
- c) weiterhin keine freiwilligen Rücktritte bekannt sind*

*Da eine Übergangsregelung im Antrag des Stadtrates nicht vorgesehen war, suchte die KÖS unter Mitwirkung des Stadtpräsidenten nach einer gangbaren und korrekten Übergangslösung, bei der formelle, finanzielle, und praktikable Überlegungen berücksichtigt sind. Insbesondere wurde besprochen, ob eine Neuwahl teurer wäre als der Verbleib von zwei Mitgliedern bis zum Ablauf der Amtsperiode, welche Aufgabe die Gesamtbehörde hat, wie die ausgewogene politische Vertretung innerhalb der Behörde sichergestellt werden kann und wie das Volk darauf reagieren würden, wenn*

*es bereits das nächste Jahr – für den Fall, dass keine Rücktritte erfolgen – die Behörde neu wählen müsste, allerdings nur bis Ende der Amtsperiode. Dies*

*Dank dieser Diskussion wurde innerhalb der KÖS deutlich, dass Art. 4 lit. e erst auf Beginn der neuen Amtsperiode angepasst werden soll.*

*Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit hat daraufhin mit 8: 1 Stimmen folgende Änderungsantrag gutgeheissen:*

*Der Antrag-Nr. 137/2012 wird unter Punkt 3 wie folgt geändert:*

*Die Änderung von Artikel 4 lit. e tritt auf die Amtsperiode 2014/2018 in Kraft.*

*Abstimmung über den geänderten Antrag:*

*Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit hat mit 9 : 0 (einstimmig) beschlossen, folgenden Änderungsantrag dem Gemeinderat vorzulegen:*

***Der Antrag-Nr. 137/2012 wird unter Punkt 3 wie folgt geändert:***

***Die Änderung von Artikel 4 lit. e tritt auf die Amtsperiode 2014/2018 in Kraft.***

*Das Vorschlag der KÖS wird vom Gemeindeamt grundsätzlich als korrekt eingestuft. Denn nach Auskunft des Gemeindeamtes erfolgt die Regelung des Zeitpunkts der Inkraftsetzung der Änderungen der Geschäftsordnung grundsätzlich nicht in einem neuen Artikel der Geschäftsordnung. Vielmehr ist diese in der Vorlage/Weisung zuhanden der Stimmberechtigten aufzuführen.*

*Das Gemeindeamt schlägt folgende Formulierung vor:*

*"Bis zum Ende der Amtsdauer 2010/2014 besteht die Sozialbehörde mit Einschluss der Präsidentin bzw. des Präsidenten aus sieben Mitgliedern."*

*Demnach stelle ich hiermit als Referent der KÖS folgenden Änderungsantrag:*

***Der Antrag-Nr. 137/2012 wird unter Punkt 3 wie folgt geändert:***

***Die Änderung von Artikel 4 lit. e tritt auf die Amtsperiode 2014/2018 in Kraft.***

*(Damit wird darüber abgestimmt, ob die Sozialbehörde erst per Beginn der Amtsperiode 2014/2018 von 7 auf 5 Mitglieder reduziert werden soll).*

**Stadtpräsident Martin Bornhauser** ergreift das Wort. Er führt aus, dass man bei den Artikeln 49 und 51 nicht frei ist, diese beinhalten gesetztes Recht. Aber man ist halbwegs frei beim Entscheid der Anzahl Mitglieder in der Behörde. Der Stadtrat schlägt 5 vor. Der Kompromiss der KÖS ist vernünftig. Der Stadtrat zieht deshalb seinen Antrag zugunsten des Antrages aus der KÖS zurück.

**Abstimmung über den Änderungsantrag aus der KÖS:**

**Punkt 3 des stadträtlichen Antrag lautet neu: Die Änderung von Artikel 4, lit. e, tritt auf die Amtsperiode 2014/2018 in Kraft.**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 31 : 0 Stimmen**

**dem Antrag der KÖS wird zugestimmt.**

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Schlussabstimmung mit Änderung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 33 : 0 Stimmen**

- 1. Die Teilrevision von Art. 4, 49 und 51 der Gemeindeordnung wird genehmigt.**
- 2. Der Stadtrat wird mit der Durchführung der Urnenabstimmung beauftragt.**
- 3. Die Änderung von Artikel 4, lit. e, tritt auf die Amtsperiode 2014/2018 in Kraft.**
- 4. Mitteilung an**
  - Stadtrat**
  - Sozialbehörde**

## **7 Antrag des Stadtrates betreffend Revision der Statuten des Zweckverbands Spital Uster (Antrag Nr. 141/2012)**

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Peter Wüthrich**.

*Sehr geehrter Präsident  
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen  
werte Anwesende*

*Das neue kantonale Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz wurde vom Kantonsrat verabschiedet und als dringlich erklärt, so dass es rückwirkend seit dem 01.01.2012 in Kraft ist. Wegen eines Referendums kam es am 17.06.2012 vors Volk und wurde angenommen. Das Gesetz setzt das revidierte Krankenversicherungsgesetz (KVG) des Bundes um.*

*Die vorliegende Statutenrevision enthält alle geforderten Anpassungen und wurde auf das Minimum an Änderungen beschränkt.*

*Die geänderten Statuten wurden sowohl von der Rechnungsprüfungskommission des Zweckverbandes sowie von deren Delegierten zur Annahme empfohlen.*

*Zu den einzelnen Themenkreisen:*

### **1. Vollkostendeckung**

*Neu werden die Kosten vom Patienten bzw. seiner Krankenversicherung und seinem Wohnortskanton gedeckt. Die Beiträge der Zweckverbandsgemeinden entfallen.*

*Das Spital Uster ist neu verpflichtet eine jährlich ausgeglichene Betriebsrechnung zu präsentieren. Der Kostenverteilungsschlüssel wird damit überflüssig. Neu gibt es Bestimmungen, nach welchen Regeln die Gewinne zu verwenden oder allfällige Verluste zu decken sind. Die Verhältnisse innerhalb der Trägerschaft bleiben erhalten.*

### **2. Investitionskosten**

*Anschaffungen und Bauten werden nicht mehr von der öffentlichen Hand finanziert, sie müssen vom Spital Uster selber finanziert werden, d.h. über die Bildung von Reserven und/oder die Beschaffung von Fremdkapital z.B. von der Bank. Die rechtlichen Voraussetzungen dazu sind in den Statuten neu geregelt.*

### **3. Finanzierung**

*Die Statuten definieren neu die Bilanzfähigkeit und die damit verbundene Eigenständigkeit in der Regelung der Vermögens- und Eigentumsverhältnisse.*

*Damit der Betrieb weiterhin möglich ist, benötigt das Spital Uster Eigenkapital. Zu Beginn besteht das Kapital aus dem Restbuchwert der vorhandenen Anlagen, das unter dem Kanton und den 17 Zweckverbandsgemeinden gemäss dem ehemaligen Kostenverteilungsschlüssel aufgeteilt wird. Währendem der Kanton seinen Anteil als Guthaben zurückfordert, sollen die Anteile der Verbandsgemeinden dem Spital Uster als Eigenkapital ohne Verzinsung erhalten bleiben. Die Bestimmung des Restbuchwertes und der Anteil des Kantons werden in einer Verfügung des Kantons geregelt, die noch nicht erlassen wurde. Das Eigenkapital wird zurzeit auf ca. CHF 33 Mio. geschätzt. Der Anteil der Stadt Uster beträgt ca. 26%, demnach ca. CHF 8.6 Mio..*

*Tritt eine Gemeinde aus dem Zweckverband aus, so kann sie neu ihren Anteil am Eigenkapital auslösen. Die Auslösung ist in den Statuten geregelt. Einzig von der Gemeinde Maur ist bekannt, dass sie austreten wird. Ihr Anteil beträgt ca. 0.4%. Der Austritt hat aber keinen Zusammenhang mit der Statutenänderung, sondern mit der früheren Zuordnung zu einem anderen Regionalspital.*

*Die Anzahl der Delegierten wird aus der finanziellen Beteiligung abgeleitet und kann so von den Verbandsgemeinden in vorgegebenen Grenzen beeinflusst werden. Pro 5% Beteiligung ist man*

berechtigt einen (1) Delegierten zu stellen, wobei mindestens 1 und maximal 8 Delegierte möglich sind.

#### **4. Kompetenzen**

Die bestehenden Organe 'Delegiertenversammlung, Verwaltungsrat, Spitalleitung und die weiteren' bleiben erhalten. Deren Kompetenzen sind neu formuliert, da deren Entscheide keine Beiträge von den Verbandsgemeinden mehr auslösen, sondern Einfluss auf das Betriebsergebnis haben.

Die Betragsgrenzen, bis zu denen die einzelnen Organe eigenständig entscheiden dürfen, wurden marginal erhöht.

Die Zusammensetzung der Spitalleitung wurde aus den Statuten entfernt. Eine Änderung der Zusammensetzung wäre sonst immer mit einer Statutenänderung verbunden, die von allen Verbandsgemeinden bewilligt werden muss.

#### **5. Rechtsform**

Die Änderung der Rechtsform ist nicht Gegenstand der Statutenänderung, wurde aber in der Kommission diskutiert. Neben dem Zweckverband kämen auch die Aktiengesellschaft oder eine Stiftung in Frage. Jede Rechtsform hat dabei ihre Vor- und Nachteile.

Aus Sicht der Verbandsgemeinden hat der Zweckverband den Vorteil, dass die Verbandsgemeinden die Gesundheitsversorgung ihrer Bevölkerung beeinflussen können. Der Nachteil liegt darin, dass sie im Falle eines Konkurses des Spitals haftbar sind.

Die Aktiengesellschaft hat den Vorteil, dass die Verbandsgemeinden bei einem Konkurs nicht haftbar sind. Der Nachteil liegt darin, dass der Einfluss auf die Weiterentwicklung 'ihres' Spitals verloren geht. Ausserdem ist die Gefahr gross, dass die finanziellen Ziele auf Kosten der gesundheitspolitischen Ziele verfolgt werden.

#### **6. Ablehnung der Statutenänderung**

Was bei einer Ablehnung der Statutenänderung passieren würde, ist nicht klar. Da die Änderung rückwirkend auf 01.01.2012 in Kraft tritt, müsste abgeklärt werden, wie das Übergangsrecht aussehen würde.

In der Schlussabstimmung wurde dem Antrag einstimmig zugestimmt. Die Kommission empfiehlt dem Gemeinderat die Annahme des Antrags.

Peter Wüthrich

EVP-Gemeinderat

#### **Julia Amherd**

Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende

Das Spital gehört seit nunmehr 129 Jahren zu Uster und ist mit rund 1000 Mitarbeitenden der grösste Arbeitgeber unserer Stadt.

Dies sind gute Gründe für uns von der SP der vorliegenden Statutenrevision zuzustimmen.

Der Zweckverband, der seit 1960 besteht, gewährleistet Einwohnerinnen und Einwohnern der 17 Verbandsgemeinden deren medizinisch-stationäre Versorgung.

Dies ist eine öffentliche Aufgabe und Pflicht wie etwa das Gewährleisten von Bildung für die Kinder einer Stadt. Diese Res publica wird demokratisch erfolgreich durch Delegierte aus den 17 Verbandsgemeinden geführt. Mit den neuen Statuten wird sich die Rolle der Zweckverbandsgemeinden ändern. Sie werden nicht mehr über die finanzielle Beteiligung bestimmen, sondern darüber was mit allfälligen Gewinnen oder Verlusten geschehen soll, die das Spital erwirtschaftet.

*Wie sich diese neue Rolle anfühlen und wohin sie führen wird, ist noch ungewiss. Aber jede Unsicherheit birgt auch Chancen und die sollten wir wahrnehmen.*

*Die demokratische Mitsprache der Verbandsgemeinden bleibt bestehen. Zudem wird im Art. 11 neu unter Absatz d) und e) den Stimmberechtigten des Zweckverbandes die Möglichkeit der Einreichung von Initiativen und die Ergreifung des fakultativen Referendums gegen Beschlüsse der Delegiertenversammlung zugestanden. Dies ist sehr erfreulich, da die Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeit der betroffenen Bevölkerung vergrössert wird.*

*Die Qualität eines Spitals gründet bekanntlich auf mehreren Faktoren- nicht nur die vielgerühmte Effizienz sei hier erwähnt, sondern vor allem das qualifizierte und zufriedene Personal dessen gute Laune sich unmittelbar oder zwangsläufig auf das Wohlergehen der kranken Menschen überträgt. Kommt noch die vorteilhafte Lage des Spitals dazu und die Helligkeit seiner Räume kann die Zukunft gut aussehen.*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 33 : 0 Stimmen**

- 1. Der Revision der Statuten des Zweckverbandes Spital Uster gemäss Vorlage vom 9. Mai 2012 wird zugestimmt.**
- 2. Mitteilung an:**
  - Stadtrat**
  - Spital Uster, Brunnenstrasse 42, 8610 Uster**
  - 16 Zweckverbandsgemeinden Spital Uster zur Kenntnisnahme nach rechtskräftiger Beschlussfassung durch den Gemeinderat.**

**8 Antrag des Stadtrates betreffend Geschäftsfeld Sport, Sanierung und Erweiterung Hallenbad Buchholz, Uster, Projektierungskredit (Antrag Nr. 139/2012)**

Für die Kommission Bildung und Kultur und auch Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**.

*Sehr geehrter Präsident  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

*Die KBK hat den Antrag 139 an den Sitzungen vom 20. August und vom 10. September beraten, die RPK am 17. September. Am 20. August standen Esther Rickenbacher (Stadträtin), Claude Hunold (Leiter Abteilung Gesundheit, Philipp Bleichenbacher (Bauberater) und Thomas Spengler (Präsident Verband Hallen- und Freibäder) Red und Antwort, am 10. und 17. September E. Rickenbacher und C. Hunold.*

*Da ich für beide Kommissionen ausführlich spreche bitte ich den Rat um Erlaubnis, die Redezeit von 10 Minuten allenfalls überziehen zu dürfen.*

**Situation Hallenbad**

- Das Hallenbad ist alt. Die letzte Sanierung liegt 24 Jahre zurück. Der Sanierungsbedarf ist auch ohne Neu- und Anbau ausgewiesen.*
- Das Hallenbad ist zu klein. Mit bis zu 1200 Gästen pro Tag ist die Wasserfläche zu klein. Es braucht mehr Platz, mehr Wasserfläche.*
- Das Hallenbad ist zu klein. Den Anforderungen des Schwimmclubs Uster-Wallisellen genügt das Hallenbad nur noch teilweise. Wir können einem der erfolgreichsten Schwimmclubs der Schweiz nur noch eine Teil-Heimat bieten.*
- Das Hallenbad bietet zu wenig Platz. Eingangsbereich, Garderoben, Verpflegungszone sind zu knapp bemessen.*
- Das Hallenbad ist zu wenig attraktiv. Der geplante Wellnessbereich soll einerseits die Attraktivität des Hallenbad steigern und anderseits neue Besuchergruppen ansprechen.*
- Das Hallenbad könnte einen besseren Kosten-Deckungsgrad erreichen. Eine Erweiterung ohne Wellnessbereich verspricht jährliche hohe Betriebsdefizite. Damit dies nicht passiert, finanzieren der Wellnessbereich, eine moderne Cafeteria und ein Badeshop den defizitären Hallenbadbetrieb mit.*

**Der Antrag**

- Vor rund einem Jahr hat der Gemeinderat einen Wettbewerbskredit für das Hallenbad bewilligt. 26 Teams haben sich darum beworben, eine Eingabe machen zu dürfen. Aus diesen wurden 5 Teams ausgewählt, welche je ein Projekt vorgelegt haben. Das Preisgericht und der Stadtrat haben dem Projekt „KERN\_FUSION“ einstimmig zum Siegerprojekt erklärt.*
- Damit beim Projekt „KERN\_FUSION“ die vom Preisgericht erkannten Mängel beheben kann und dem Stadtrat, dem Gemeinderat und später dem Volk ein Baukredit vorgelegt werden, kann, soll der Gemeinderat jetzt einen Projektierungskredit von 2,4 Mio. bewilligen.*
- Das siegreiche Generalplanerteam (K&L Architekten AG, St. Gallen) schätzt die gesamten Baukosten auf 30,7 Mio. Auf dieser Bausumme sind 2,2 Mio. Subventions-Beiträge sicher und weitere 2 – 3 Mio. unsicher zu erwarten. Die Projektierungsphase wird auch die Kostengenauigkeit erhöhen. Ein unabhängiger Kostenplaner hat das Projekt nachgerechnet und kam auf 33,6 Mio. Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass der zu bewilligende Gesamtkredit etwas höher als die jetzt aufgezeigten 30,7 Mio. zu liegen kommt.*

- *Dies wiederum könnte den Gemeinderat (oder wer auch immer) dazu verleiten, die geschätzten 3.1 Mio. für den Wellnessbereich einzusparen. An der Sitzung vom 24. August hat der Thomas Spengler – als Präsident des Verbandes der Hallen- und Freibäder hat er in den letzten Jahren mehrere Dutzend Neubauten und Sanierungen von Hallenbädern begleitet – dargelegt, dass der Wellnessbereich bei Hallenbädern jeweils mehr einbringt als er kostet. Dank Wellnessbereich gibt es in der Schweiz Hallenbäder, welche einen Kostendeckungsgrad von mehr als 100 % ausweisen! Die Annahme eines Kostendeckungsgrades von 75 % für das gesamte Hallenbad (nach der Sanierung/Erweiterung) beruht auf pessimistischen Annahmen.*
- *Gemäss der heutigen Planung schätzt man die jährlichen Betriebskosten mit und ohne Wellnessbereich auf folgende Werte:*

*ohne Wellness: 2,24 Mio. Aufwand, 1.34 Mio. Ertrag; Netto-Aufwand 0.9 Mio.*

*mit Wellness: 2,39 Mio. Aufwand, 1.79 Mio. Ertrag, Netto-Aufwand 0.6 Mio.*

*Der Wellnessbereich würde ab dem 11. Betriebsjahr Gewinne abwerfen.*

### **Aus der Diskussion der KBK**

- *Frage: Ergeben die 30 Mio. Baukosten nicht einen überteuerten Luxusbau? Antwort: Meilen und Kilchberg haben erst kürzlich ihre Hallenbäder saniert – ohne Erweiterung, wie sie in Uster angedacht ist. Die Sanierungskosten beliefen sich auf 12 resp. 16 Mio. Da sind die rund 30 Mio. inkl. Erweiterung sehr realistisch. Das gibt keinen Luxusbau.*
- *Frage: Was umfasst der Wellnessbereich? Antwort: finnische Sauna, Bio-Sauna, Dampfbad, Whirlpool, Erlebnisduschen, 2 Ruheräume (einer davon still), Aussenbereich.*
- *Frage: Soll die öffentliche Hand einen Wellnessbereich betreiben? Antwort: Der Wellnessbereich, wie er in Uster gedacht ist, ist eine ideale Ergänzung zu einem Hallenbad. Private Hallenbäder sind hierzulande nicht denkbar. Wer also soll das bauen, wenn nicht die öffentliche Hand? Zudem hat der Wellnessbereich durchaus auch eine gesundheitliche Komponente. Die heutige Arbeitswelt und teilweise auch die Familiensituation sind für viele Erwachsene stressig. Im Wellnessbereich kann Druck abgebaut und Körper und Seele erlbt werden.*
- *Frage: Können in Zukunft internationale Wettkämpfe im Hallenbad Uster durchgeführt werden? Antwort: Das neue Becken ist ein sogenanntes „Olympia-Becken“, d.h. das Becken ist für die Austragung von Wettbewerben ausgelegt, die entsprechenden Vorgaben will man einhalten. Dazu gehört auch, dass mit mobilen Tribünen rund 1000 Zuschauer die Wettkämpfe mitverfolgen könnten.*
- *Fragen: Kann der Minergie-Standard eingehalten werden? Wird das von den Projektverfassern vorgesehene Solardach auch gebaut? Antwort: Rechnerisch ist es bisher nicht nachgewiesen, dass der Minergie-Standard eingehalten werden kann. Allerdings sind die Voraussetzungen dafür im Projekt "KERN\_FUSION" sehr günstig. Von allen eingereichten Projekten hat am ehesten dieses Projekt das Potential, den Minergie-Standard zu erreichen. Während der Projektierungsphase wird man intensive Berechnungen rund um das Thema Minergie und Energieeffizienz durchführen, dabei wird auch die mögliche Solar-Nutzung des Dachs einbezogen. Projektiert wird dann aber diejenige Variante, welche die grösste Wirtschaftlichkeit erwarten lässt.*
- *Frage: Braucht es weitere Parkplätze, wenn das Hallenbad erweitert wird? Antwort: auch dieser Frage wird während der Projektierungsphase nachgegangen. Als vor wenigen Jahren ein Kunstrasenfeld im Buchholz erstellt wurde, ist ein umfassender Bericht zur Parkplatzfrage erstellt worden. Damals zeigten die Berechnungen, dass 34 zusätzliche Parkplätze erstellt werden müssen. Auf diesen Bericht kann bei den erneuten Berechnungen, wie viele Parkplätze für das erweiterte Hallenbad benötigt werden, zurückgegriffen werden. Die Stadträtin E. Rickenbacher versichert an dieser Stelle, dass allenfalls zusätzlich nötige Parkplätze im*

*Baukredit enthalten sein werden. In der Kostenschätzung von 30,7 sind allfällige Kosten für den Bau von Parkplätzen allerdings nicht enthalten.*

#### **Aus der Diskussion der RPK**

- *Frage: Wie definitiv sind die Subventions-Zusagen von Bund und Kanton? Antwort: Beim Kanton sind entsprechende Gesetze vorhanden, welche die Subventionen regeln. Falls das Hallenbad erweitert/saniert wird, muss der Kanton Subventionen ausrichten. Nicht definitiv ist die Höhe, die Grössenordnung ist aber mit 2 Mio. richtig. Beim Bund ist die Sachlage etwas vager. National- und Ständerat haben zwar in diesen Tagen 70 Mio. Franken für die Subvention von Sportstätten bis ins Jahr 2017 bewilligt; von diesen sind 6 Mio. für Schwimmbadzentren vorgesehen. Wie viel davon dann nach Uster fliesst ist noch unklar, allerdings haben wir gute Fürsprecher beim Bund und beim Schweiz. Schwimmverband.*
- *Frage: Gibt es Kriterien für die Namensvergabe? Antwort: Es besteht nicht die Absicht, den erst-schlechtesten Sponsor zu nehmen. Wenn das Hallenbad einen Namen tragen soll, müsste man mit diesem Namen Qualität verbinden. Der Stadtrat nimmt gerne Hinweise von möglichen Sponsoren entgegen.*
- *Frage: Ist auch eine Attraktivitätssteigerung für Familien vorgesehen? Antwort: Die voraussichtlichen Kosten von etwas über 30 Mio. sind für den Stadtrat an der oberen Grenze der möglichen Investitionen. Aus diesem Grund setzt der Stadtrat für Familien vor allem auf die anderen 2 Bäder (Dorfbad und Strandbad) – dies gemäss der sog. 3-Bäder-Betrachtung, welche der Gemeinderat vor einiger Zeit ebenfalls diskutiert hat. Der Kleinkinderbereich im Hallenbad wird saniert, aber nicht erweitert. Eine offene Frage ist noch, ob ein zusätzlicher Hubboden installiert werden soll, damit Kleinkinder mit „Flügeli“ unter Aufsicht der Eltern weitere Bademöglichkeiten haben.*
- *Frage: Weshalb geht man davon aus, dass der Wellnessbereich rentiert? Antwort: Das Freizeitverhalten hat in den letzten Jahren stark geändert. Sport, Gesundheit, Wellness liegen im Trend. Wer in Uster den Wellnessbereich besucht, kann auch das Hallenbad benützen und damit Sport treiben. Die Eintrittszahlen bei anderen solchen kombinierten Angeboten zeigen, dass hier richtig geplant wird.*
- *Frage: Gibt es nicht ein Gestank-Problem, wenn das Hallenbad nach Minergie-Standard saniert werden soll? Antwort: Grundsätzlich darf ein Hallenbad nach Hallenbad schmecken, das ist auch heute schon so. Zudem wird heute nicht mehr mit flüssigem Chlor gearbeitet, sondern mit Granulat und Ozon. Beides ist für die Nase weniger gut oder gar nicht wahrnehmbar wie das traditionelle Chlor. Zudem ist bekannt, dass es eine gewisse Zeit braucht, bis die kontrollierte Lüftung optimal eingestellt ist. Beispiel: Das Heim im Grund wurde auch gemäss Minergie-Standard saniert. Bei Inbetriebnahme der kontrollierten Lüftung hatte man ein gewisses „Gestank-Problem“, das aber schon längst behoben ist. In der Zwischenzeit ist die Lüftung so gut eingestellt, dass dem Besucher normalerweise keine üblen Gerüche in die Nase steigen.*

*In der KBK wurde folgender Antrag gestellt:*

#### **Die Bewilligung des Projektierungskredits wird freiwillig dem Stimmvolk zur Abstimmung vorgelegt.**

*Begründung: Die Bevölkerung ist möglichst frühzeitig in dieses Grossprojekt einzubinden, die volle Kostentransparenz könnte so von Anfang an gewährleistet werden. Zudem liegen die Kosten des Projektierungskredits mit 2,4 Mio. Franken nur knapp unter der Bewilligungskompetenz des Gemeinderates.*

*Stadträtin E. Rickenbacher führte dazu aus, dass sich der SR ebenfalls diese Frage gestellt habe. Der SR ist jedoch der Meinung, dass der GR seine Kompetenzen ausschöpfen soll, da sonst ein Präzedenzfall geschaffen wird. Bei weiteren Projekten wäre dann davon auszugehen, dass der GR*

*seine Kompetenzen (freiwillig) auch nicht ausnützen soll. Zudem sei der Projektierungskredit nicht manipuliert, d.h. "künstlich" unter die Grenze von 2.5 Mio. gekürzt worden. Aus der Kommission wird argumentiert, dass das Volk (wie jetzt auch das Parlament) beim Projektierungskredit nicht genau weiss, was schlussendlich projektiert wird, weil während der Projektierungsphase verschiedene Punkte geklärt werden müssen (z.B. Solardach, Parkplätze usw.).*

*Die KBK hat diesen Antrag mit 3 : 5 abgelehnt.*

### **Schlussabstimmung**

*Die KBK und die RPK haben dem Antrag des Stadtrates mit je 8 : 0 Stimmen zugestimmt und empfehlen dem Gemeinderat, dem Projektierungskredit von 2.4 Mio. für das Hallenbad zuzustimmen.*

*Anmerkung: am 30. 11. 1969 hat das Stimmvolk von Uster mit 5125 JA und 1072 NEIN (= 58,88 % Stimmbeteiligung) einem Kredit von 1.46 Mio. zur Erstellung eines Hallenbades auf dem Areal "Buchholz" samt Erschliessungs- und Landumbuchungskosten" zugestimmt. Heute geht es bereits beim Projektierungskredit um eine wesentlich grössere Summe.*

*Walter Meier, GR*

### **Anita Borer**

*Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen  
Sehr geehrte Damen und Herren*

*Es ist unbestritten, dass am Hallenbad Buchholz gewisse Sanierungen notwendig sind und eine Erweiterung der räumlichen Kapazitäten Sinn macht. Auch dass ein Wellnessbereich den Kostendeckungsgrad erhöht, leuchtet ein.*

*Kritisch beurteilt die SVP-/EDU-Fraktion allerdings die berechneten Kosten für den Projektierungskredit. Es ist zu betonen, dass der beantragte Projektierungskredit von 2.4 Mio. Franken nur um 100'000 Franken unter dem Betrag liegt, der eine obligatorische Volksabstimmung nach sich ziehen würde.*

*Die SVP-/EDU-Fraktion geht trotz gegensätzlichen Aussagen der Gesundheitsvorsteherin davon aus, dass noch weitere Kosten anstehen werden. Kosten, die letztendlich den Kreditrahmen von 2.4 Mio. Franken sprengen werden und der Betrag rasch im Bereich ist, der eine Volksabstimmung notwendig gemacht hätte.*

*In Anbetracht dessen hätte es die SVP-/EDU-Fraktion als sinnvoll erachtet, dass der Stadtrat den Kredit von sich aus dem Volk zur Abstimmung vorgelegt hätte.*

*Geld zum Fenster herausgeschmissen haben wir dann, wenn das Hallenbad in der Schlussabstimmung vor dem Volk abgelehnt würde, nachdem bereits 2.4 Mio. Franken oder sogar mehr für die Projektierung ausgegeben worden wären.*

*Desweiteren lehnt die SVP-/EDU-Fraktion die Änderungsanträge der Glp und denjenigen der Grünen ab. Die Änderungsanträge stellen ganz einfach unnötigen Interventionismus dar. Die Gesundheitsvorsteherin hat uns klar signalisiert, in den angesprochenen Bereichen das Bestmögliche unter Berücksichtigung der Kosten zu tun.*

*Die SVP-/EDU-Fraktion wird der Vorlage, gestützt auf die vorgängigen Ausführungen zu den Kosten, mit wenig Begeisterung zustimmen. Die drei Änderungsanträge lehnt die Fraktion klar ab.*

*Die SVP-/EDU-Fraktion wird ein kritisches Auge auf die Entwicklung des Projektes werfen und auf die Einhaltung des Kredites pochen.*

## Jürg Gösken

*Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Anwesende*

*Auf Effizienz bedacht, möchte ich gleich zu den drei Änderungsanträgen kurz sprechen.*

*Auf Effizienz bedacht ist denn auch der Änderungsantrag „Energie“:*

*Das Hallenbad soll bereits gemäss Antrag des Stadtrats und den allgemeinen städtischen Richtlinien den normalen Minergie-Standard erfüllen können. Das vorliegende Siegerprojekt zeichnet sich aber unter anderem dadurch aus, dass es höhere Standards leicht erreichen könnte, welche bisher allerdings noch nicht für Hallenbäder zertifizierbar sind.*

*Dennoch lassen sich aus den einzelnen Rubriken, zum Beispiel Isolation, von Minergie-P und Minergie-P-Eco gut übertragbare Zielwerte und Massnahmen ablesen, welche auch fürs vorliegende Hallenbadprojekt erfüllt werden können.*

*Die höheren Standards sind nicht etwa Selbstzweck, sondern führen bei diesem finanziellen und energieintensiven Grossprojekt zu deutlich tieferen Betriebskosten und einer schnellen Amortisation der dazu nötigen Investitionen.*

*Technisch im Vordergrund steht ein guter Wärmehaushalt, welcher erstens mit hervorragenden Isolationswerten tief gehalten wird, zweitens mit Nutzung von Sonnenkollektoren die Wärme vor Ort günstig produziert wird und drittens unterstützend mit einer nachhaltigen Heizungsanlage ein wichtiges Minergie-P-Kriterium locker erfüllt werden kann.*

*Die Annahme dieses Änderungsantrags führt mittelfristig nicht nur zu tieferen Gesamtkosten, sondern nutzt ausdrücklich das hervorragende Potenzial des Siegerprojekts für ein auch in ökologischer Hinsicht vorbildliches neues Hallenbad. – Ich danke für Unterstützung des Änderungsantrags „Energie“.*

*Damit komme ich zum zweiten Änderungsantrag „Familienbad“. Auch hier stehen in gewissem Sinne, allerdings indirekt tiefere Betriebsdefizite im Fokus: Während das neue Hallenbad gemäss Antrag vor allem für Leistungsschwimmen und für Erwachsene und Jugendliche einen deutlichen Mehrwert schafft, wurde der Bereich für Kinder etwas vernachlässigt. Ein Hubboden fürs Planschbecken wird erwähnt, jedoch sind auch feste Beckenanhebungen denkbar, bzw. mit Wasserspielen und anderen Massnahmen ist ein attraktiveres und sichereres Bad für Familien mit Kleinkindern, bzw. Kinder unterschiedlichen Alters zu schaffen. Ein attraktives Hallenbad gerade auch für Familien sichert Uster eine höhere Besucherfrequenz und kann damit auch das Betriebsdefizit senken helfen. Da Familien bekanntlich nicht in den Winterschlaf fallen, wenn die Freibad-Saison zu Ende geht und die Sommer trotz Klimaerwärmung auch nicht immer Badetemperaturen garantieren, dürfte ein guter Kleinkinderbereich im neuen Hallenbad ebenso gerechtfertigt sein.*

*Mit Annahme des Änderungsantrags „Familienbad“ wird der stadträtliche Antrag dahingehend ergänzt, dass sich das Vorprojekt auch noch spezifisch um Aufwertung der Familientauglichkeit kümmert und entsprechend einplant. Zusammen mit den bereits im Antrag des Stadtrats erwähnten anderweitigen Optimierungsansprüchen, soll auch für Familien noch nachgebessert werden. – ich danke für Unterstützung für ein gutes Familienbad Uster.*

*Der Antrag von Gusti Hofmann schliesslich betreffend Parkplatzregime würde eigentlich standardmässig zu einem solch grossen Bauvorhaben gehören. Wir sind der Meinung, dass bereits heute mit allen Sportanlagen im Buchholz viele und in der Regel genügend Parkplätze auch für ein grösseres Hallenbad vorhanden sind.*

*Im Antrag des Stadtrats sind keine neuen Parkplätze erwähnt und ich hoffe also auch nicht vorgesehen. In diesem Falle würde sich der Änderungsantrag erübrigen. Allenfalls kommen, wie gehört, noch weitere Parkplätze dann beim Bauprojekt hinzu, falls die Synergien im gesamten Sportareal nicht schon so früh wie möglich, also heute, genutzt und gefordert werden. Den Änderungsantrag kann unsere Fraktion in diesem Sinne vorbeugend unterstützen. – Ich danke.*

*Für die glp-EVP-CVP-Fraktion, Jürg Gösken*

**Antrag 1 „Energie“ zur Änderung des Dispositivs Antrag 139/2012:**

**1a) gleichlautend wie Dispositiv 1**

**1b) Es sind bei der Projektierung folgende Prinzipien betreffend Energieversorgung zu berücksichtigen:**

- **Auf dem Dach und evtl. an den Fassaden sind soweit möglich Sonnenenergieanlagen vorzusehen**
- **Ergänzender Energiebedarf ist mit einer Wärmekraftkoppelungsmaschine (gespiesen mit erneuerbaren Energieträgern) oder alternativ im Rahmen eines Wärmeverbundes zu decken.**
- **Die Richtlinien des Minergie-P-Eco Standards sind sinngemäss anzuwenden.**

**Begründung:**

Sowohl bei der Wettbewerbslancierung forderten bereits mehrere Fraktionen eine energetisch vorbildliche Realisierung, als auch die Beschreibung des Siegerprojekts weist auf Minergie-Potenzial und Solareignung hin. Damit diese beiden hervorragenden Vorteile des Projekts im Laufe der Realisierung nicht verloren gehen, bzw. zugunsten anderer Kostenfaktoren aufgegeben werden, sollen diese Bedingungen auch fürs Vor- und Bauprojekt ausdrücklich beibehalten werden.

Ein Hallenbad lässt sich derzeit nur nach Minergie-Standard für Kategorie XII zertifizieren und ist für das vorliegende Bauprojekt bereits angestrebt. Höhere Anforderungen des Minergie-P-Eco-Standards sollen in der Projektierung des Vor- und Bauprojekt sinngemäss angewendet werden, soweit sie anwendbar sind

(z.B. Grenzwerte betreffend Luftdichtigkeit, Anteil erneuerbare Energien usw.).

Ein beheiztes Hallenbad mit komfortablen Wassertemperaturen stellt einen sehr grossen Wärmespeicher dar. Um den Energieverlust klein zu halten und damit auch die betrieblichen Energiekosten zu senken, zahlt sich ein hoher Energiespar-Standard vergleichsweise schnell aus.

Einen Teil der Heiz- und Elektrizitätsleistung kann und soll gemäss Antrag des Stadtrates das zur Solarnutzung geeignete Dach übernehmen können.

Einen weiteren Teil und unter Umständen grösseren Teil der Heizleistung wird eine Heizungsanlage übernehmen können. In Anlehnung zu Antwort auf und Postulat 520 soll das Vor- und Bauprojekt eine Heizungsanlage zur Beheizung mittels nachwachsender Brennstoffe und unter Nutzung von Wärmekraftkopplungsmaschinen (zur optimalen Nutzung der Heizungsabwärme) oder von einer Wärmeverbund-Lösung berücksichtigen.

**Antrag 2 „Familienbad“ zur Änderung des Dispositivs Antrag 139/2012:**

**1a) gleichlautend wie Dispositiv 1**

**1b) Neben der Aufwertung für Leistungssport, Schulschwimmen und Wellness ist auch der Spielbereich für Kinder und die Familienfreundlichkeit deutlich zu verbessern.**

**Begründung:**

Neben den Aufwertungen für Leistungs- und Schulschwimmen sowie dem neuen Wellness-Bereich fehlen im Wettbewerbsprojekt noch entsprechende Aufwertungen im Bereich speziell für Kleinkinder und Familien, damit das neue Schwimm- und Sportzentrum auch tatsächlich für die ganze Bevölkerung ein Publikumsmagnet und das Betriebsdefizit tief gehalten werden kann. Zu den vordringlichsten Massnahmen zur Aufwertung sind beispielsweise grössere Kinderplanschbecken mit geringerer Wassertiefe vorzusehen sowie mehr als nur eine „Pinselsanierung“ des bestehenden Kleinkinderbereichs.

Jürg Gösken

## **Matthias Bickel**

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident*

*Geschätzte Anwesende*

*Die Sanierung und Erweiterung des Hallenbads Buchholz ist nach 24 Betriebsjahren unumgänglich. Nicht nur wegen der Erhaltung der Bausubstanz, sondern auch weil die Wasser wegen der vielen Besucher dauernd über die Ränder schwappen: Es kann weder richtig trainiert noch genüsslich geschwadert werden! Denn das Hallenbad will rege benutzt werden von der Bevölkerung, von einem äusserst erfolgreichen Schwimmklub und von den Schulen mit dem Schulschwimmen. Dies tut der Volksgesundheit gut - und dem Image der Stadt Uster als Sportstadt auch. Es müssen also neue Wasserflächen her! Durch die lang ersehnte Erweiterung mit einem Olympiabecken kann dann bald nicht nur richtig Gas gegeben, sondern können auch Wettkämpfe veranstaltet werden, welche den Anspruch der Sportstadt Uster auch auswärts unterstreichen.*

*Der FDP/JFU-Fraktion gefällt das Siegerprojekts KERN\_FUSION sehr! Das erneuerte Hallenbad verspricht eine kompakte, zweckmässige, effiziente und zeitgemässe Anlage zu werden. Die Architektur nimmt Rücksicht auf Synergien und effiziente Betriebsabläufe. Der FDP/JFU-Fraktion ist dabei der sparsame Energieverbrauch wie auch der Einsatz von alternativen Energiesystemen sehr wichtig; Minergie ist Standard und das ist gut so! Wir sind aber etwas überrascht, dass die Solarenergie nur erwähnt und nicht konkretisiert ist. Da erwarten wir mehr und mehr Konkretes vom Projekt!*

*Finanztechnisch stimmen die Einschätzungen des Präsidenten des Verbands Schweizer Hallen- und Freibäder positiv; wir erhielten etwas Gutes für unser Geld. Mit den öffentlichen Beiträgen vom Kanton und Ökofonds sieht es auch gut aus, doch haben wir noch nicht Alles im Trockenen... Der Bund zögert. Darum müssen wir mit unserem Projekt vorwärts machen! Gespannt sind wir auf die privaten Spenden - auch seitens des Schwimmklubs, dessen Engagement wir sehr zu schätzen wissen!*

*Noch ein Wort zum Wellness-Bereich: Da scheiden sich bekanntlich die Geister... Es gibt da einen finanziellen und einen ideellen Aspekt. Nur schon bezüglich Betriebskosten macht ein Wellness-Bereich Sinn, denn die Erfahrung aus anderen Hallenbädern zeigt, dass ein Wellness-Bereich das Betriebsdefizit des Hallenbadbetriebs verringern hilft. (Das Gleiche gilt übrigens für den Restaurationsbetrieb.) Der Kostendeckungsgrad unseres Wellness-Bereichs sei im Projekt vorsichtig geschätzt und drum glaubwürdig. Aber auch sonst ist es legitim, dass die drittgrösste Stadt im Kanton einen öffentlichen Wellness-Bereich erhält. Denn es geht auch um die Wohnstadt Uster, welche einen zur Entschleunigung und zu Wohlbefinden empfängt.*

*Wer sich dann auf ökologischer Seite wegen zu grossen Energieverbrauchs aufspielt, der sei gesagt, dass ein grösseres Hallenbad und ein Wellness-Bereich mehr Energie braucht, dass mit dem Minergie-Standard und allen anderen effizienteren Abläufen aber auch wieder viel Energie eingespart wird. Wir stehen zu diesem Projekt und möchten es so!*

*Gehen wir also an die Arbeit! Der Wettbewerb ist gewonnen – jetzt sind wir gespannt auf das Projekt! Und auf die genaueren Zahlen! Wir werden den Verlauf der Planung genau verfolgen und verlangen, dass wir bei den vorgesehenen 25 Mio. plus höchstens 20% bleiben werden!*

*Zu den Änderungsanträgen der GLP / Grünen: Wir lehnen alle Anträge ab!*

*1) Energie: Im Antrag wie auch an der vorbereitenden Kommissionssitzung wurde darauf hingewiesen, dass mit dem Einbinden des Altbaus ein höherer Minergie-Standard, also: Minergie P oder P Eco, nicht erreicht werden kann beziehungsweise dass es diesen Standard bei Hallenbädern nicht gebe. In der KBK wurde auch die nur marginale Bekenntnis zur Solarenergie bemängelt, wodurch seitens der Stadt bestätigt wurde, dass man die Solarenergie in der ganzen Energiethematik natürlich einbinden werde – so zum Beispiel mit einem Solardach.*

*2) Familienbad: Auch diese Frage wurde in der KBK sinngemäss erörtert. SR Esther Rickenbacher hat einen weiteren Ausbau aber klar verneint, denn dieser würde den Kostenrahmen sprengen. Man*

*müsse berücksichtigen, dass in den Aussenbädern, vor allem auch in der Seebadi, der Kleinkinderbereich grosszügig ausgebaut worden sei.*

*3) Parkplätze: Die Frage nach der Berechnung der Anzahl der Parkplätze wurde in der KBK ebenfalls gestellt und dahin gehend beantwortet, dass die Anzahl der Parkplätze nach einer komplexen Formel berechnet würden, wo Angebot und Nachfrage und Infrastruktur wie Öffentlicher Verkehr oder umliegende Parkplätze einflüssen. Also: Warten wir doch erst einmal die Berechnung ab, bevor schon etwas ändern wollen!*

*Generelle Bemerkung zu diesen Änderungsanträgen: Wir sind irritiert, dass in der KBK gestellte und beantwortete Fragen wieder als Änderungsanträge im Rat erscheinen! Nur um der Effekthascherei willen! Oder funktioniert der Informationsaustausch in der Fraktion nicht oder ist es Zwängerei?! Klar, jede/r darf Anträge machen, aber es ist auch eine Frage des Stils und der Gepflogenheiten! Und hier war beides nicht vorhanden!*

*Für die FDP/JFU-Fraktion:*

*Matthias Bickel, Gemeinderat.*

*Uster, 24. September 2012.*

## **Gusti Hofmann**

*Herr Präsident  
Geschätzte Anwesende*

*Vorweg, die Grünen unterstützen den Projektierungskredit und alle Aenderungsanträge. Das Hallenbad ist in die Jahre gekommen und braucht eine Sanierung, aber eine die es auch verdient, nämlich eine mit der bestmöglichen Energie-effizienz. Die Energiepreise werden steigen und je besser der Energie-haushalt und je mehr erneuerbare Energie eingesetzt wird umso konstanter und günstiger werden die Unterhaltskosten in Zukunft sein. Deshalb unterstützen wir Grüne den Antrag von Jürg Gösken zur Energieversorgung.*

*Wenn das Hallenbad familienfreundlicher wird, ist das nur zu begrüßen. Deshalb unterstützen wir auch diesen Antrag.*

*Zu den Parkplätzen. Im Antrag des Stadtrates ist explizit nicht die Rede von Parkplätzen. Aber in der Kommission sind interessante Aeusserungen gemacht worden über eine Erweiterung der Parkplätze. Bevor neue Parkplätze geplant/gemacht werden, sollen Möglichkeiten geprüft werden, bestehende in der Nähe liegende zu integrieren. Deshalb folgender Antrag der Grünen, welcher allen in schriftlicher Form vorliegt.*

*Gusti Hofmann*

**Änderungsantrag** betreffend Antrag 139/2012: Antrag des Stadtrates betreffend Sanierung und Erweiterung Hallenbad Buchholz Uster, Projektierungskredit

*Der Antrag soll, bezüglich Parkplätzen, wie folgt ergänzt werden:*

*Bevor neue Parkplätze geplant werden, soll geprüft werden, wie Parkplätze in unmittelbarer Umgebung von 5 min. Gehdistanz miteinbezogen werden können.*

*Begründung:*

*Das Hallenbad ist auch eine Sportstätte, wo es zumutbar ist einen 5 min. Fussweg zu machen. In unmittelbarer Nähe vom Hallenbad hat es Parkplätze die unterschiedlich genutzt werden, auch in zeitlicher Hinsicht. Bevor weiteres Kulturland verplant und zubetoniert wird, ist es von Vorteil mit den Verantwortlichen der in Gehdistanz liegenden Parkplatz-Abstell-flächen eine Lösung zu suchen zur gemeinsamen Parkplatzoptimierung in zeitlicher Hinsicht. Was kleine Handwerksbetriebe untereinander zustande bringen, nämlich Absprachen, dass die einen ihre Mitarbeiterparkplätze am Wochenende einem anderen Betrieb zur Verfügung stellen, welcher an Samstagen die grösste Kundenfrequenz hat, eine ähnliche Optimierung sollte auch der Stadt Uster möglich sein.*

*Für die Grünen  
Gusti Hofmann*

**Lucia Thaler**

*Liebe Ratskolleginnen und -Kollegen,*

*Geschätzte Anwesende,*

*Mit dem vorliegenden Projektionskredit zur Sanierung und Erweiterung des Hallenbads kommt eines der anstehenden Grossprojekte in Uster einen bedeutenden Schritt voran. Mit dem Bau eines zusätzlichen 50 mal 25 Meter Beckens steht den verschiedenen Nutzergruppen in Zukunft mehr Wasserfläche zur Verfügung. Der neue Wellnessbereich bietet einerseits ein weiteres Argument für einen Besuch des Hallenbads, andererseits erhöht er den Kostendeckungsgrad des gesamten Hallenbads - somit ist er ein doppelter Gewinn. Nur der Kleinkinderbereich kommt im Projekt zu kurz. Hier wünschen wir von der SP-Fraktion uns ebenfalls eine Aufwertung und stimmen dem Änderungsantrag zu.*

*Der Betrieb eines Hallenbads ist sehr energieintensiv. Umso mehr lohnen sich deshalb Anstrengungen zur möglichst nachhaltigen Deckung des Energiebedarfs. Im Antrag wird auf das grosse Potential des Siegerprojekts hingewiesen, den Minergie-Standard zu überbieten und das Dach für Solaranlagen zu nutzen. Dieses Potential muss realisiert werden und die SP-Fraktion unterstützt daher den Änderungsantrag.*

*Damit das Hallenbad Buchholz bald wieder auf einem zeitgemässen Stand ist und der Bevölkerung von Uster und Umgebung attraktive Schwimm- und Bademöglichkeiten bietet, stimmt die SP-Fraktion dem vorliegenden Projektionskredit zu.*

*Lucia Thaler, 23.09.2012*

**Cla Famos** ergreift das Wort. Er führt aus, dass dieser Antrag auf alle Fälle vor's Volk kommen müssen, sollten diese Anträge durchkommen.

**Stadträtin Esther Rickenbacher** ergreift das Wort. Sie freut sich, dass sich im Grundsatz der ganze Rat für die Sanierung ausgesprochen hat. Zu den Parkplätzen: Zu diesen gibt es deshalb noch keine Erwägungen, weil man sich jetzt erst beim Projektionskredit befindet. Während der Projektarbeiten werden dann Abklärungen getroffen, ob es neue Parkplätze braucht und wenn ja, wieviele. Sie verweist diesbezüglich auf die Diskussionen beim Kunstrasenplatz. Damals mussten Altlasten bereinigt werden und darum auch Parkplätze erstellt werden. Beim Hallenbad wird man auch Vorgaben zu erfüllen haben. Es hat zum Beispiel genügend weitere bei der Reithalle Buchholz.

Ausserdem darf man die Anzahl nicht auf Spitzenanlässe auslegen. Sie bittet, diesen Antrag nicht zu unterstützen, da diese sowieso geprüft werden muss. Zum Kleinkinderbereich: Sie hat bereits in den vorberatenden Kommissionen ausgeführt, dass der Stadtrat sein Schwergewicht auf die Erweiterungskosten, Sanierungskosten, den Wellnessbereich legen muss, es stecken immense Kosten in solchen Grossprojekten und irgendwo muss der Deckel drauf gemacht werden. Hier sind es die 30 Mio. Franken, plusminus die üblichen 20 % Abweichung. Im Sinne der Dreibäderbetrachtung hat sich der Stadtrat nichtsdestotrotz Überlegungen zum Kleinkinderbereich gemacht und eine Güterabwegung getroffen. Das Strandbad und die Dorfbadi haben sehr schöne Aussenbereiche für Kleinkinder. Deshalb hat man hier nun – schweren Herzens - verzichtet. Aber man prüft einen zusätzlichen Hubboden, dass die kleinen Kinder sicher schwimmen können. Zur Energieversorgung: Auch dieses Thema wurde mehrfach in den vorberatenden Kommissionen diskutiert. Es gibt keinen Standard für Hallenbäder. Der Stadtrat will aber auf hohem energetischen Niveau bauen. Der Minergie Standard wird sicher gemacht. Aber da es um ein sehr feuchtes Raumklima geht, können weitere Vorgaben und Werte, die da gar nicht umsetzbar sind. Diese Vorgaben sind für Wohnhäuser und Bürogebäude geschaffen worden. Das Siegerprojekt musste den Vorgaben des Stadtrates nachleben und was gemacht wurde ist der energetisch richtige Mix.

**Raoul Stöckle** fragt, ob der Kredit unverändert bleiben würde, unabhängig davon, ob der Rat die Anträge annehmen oder ablehnen würde.

**Stadträtin Esther Rickenbacher** meint, dass die Fragen rund um die Parkplätze nicht aus den 2,4 Mio Franken gespiesen werden könnten.

**Jürg Göskén** präzisiert zu seinen Anträgen. Zur Energievorgabe: Der Antrag fordert nicht Minergie ego P, sondern es soll verbindlich sein, was machbar ist. Aber man soll sich an Minergie eco orientieren, um damit die Weichen zu stellen. Zum Kleinkinderbereich: Bei einem Grossprojekt wie dieses kommt es auf eine Million mehr auch nicht an, machen wir es also lieber von Anfang an richtig und werten auch den Kleinkinderbereich auf.

**Cla Famos** erinnert daran, dass ein grösseres Hallenbad auch mehr Energie brauchen wird. Er kritisiert, dass grundlegende Anträge nur wenige Stunden vor der Sitzung kund gegeben werden und man dann noch schnell eine Stellungnahme erarbeiten soll. Vieles wurde ausserdem bereits in der Kommission besprochen und solche Anträge sollten in den vorberatenden Kommissionen gestellt werden. Wenn diese Dinge jetzt noch oben drauf kommen, muss der Kredit vor's Volk. Er plädiert dafür, dass die drei Anträge abgelehnt werden und der Kredit wie vorliegend angenommen wird.

**Stadträtin Esther Rickenbacher** weist auf die Problematik hin, dass die GLP keinen Vertreter in der KBK sitzen haben. Aber sie habe nach der ersten KBK-Sitzung vom 20. August 2012 seitens der Abteilung Gesundheit an die Fraktion der GLP das Angebot richten lassen, dass man sich direkt für Fragen zur Verfügung stellen würde. Darauf sei aber keine Reaktion seitens der GLP gekommen. Nochmals zur Energie: Dies ist ein wichtiges Thema im Zusammenhang mit Wasser und Hallenbad. Es ist sonnenklar, dass nicht mehr mit Öl gearbeitet wird. Einen Antrag zu stellen, was zu machen ist, geht doch nicht. Solche konkreten Fragen wollen wir ja grad klären. Sie warnt davor, gewisse Begriffe zu vermischen wie Eco und P. Das sind Themen die uns beschäftigen werden, aber nicht auf diese Art und Weise.

**Thomas Wüthrich** ergreift das Wort. Die Grünen sind nicht gegen den Ausbau des Hallenbades. Aber wir sind gebrannte Kinder. Bei der Sanierung des Altersheim Im Grund war anfangs auch eine Solaranlage geplant, und am Schluss nicht berücksichtigt. Er verweist darauf, dass sich ganz viele Dächer in Uster für Solaranlagen eignen. Darum muss aus seiner Sicht von vornherein diese Fragen geklärt werden. Ob es zahlbar ist, kann nachher eruiert werden.

**Stadträtin Esther Rickenbacher** führt zur Sanierung Im Grund aus, dass die Vorgabe seitens des Stadtrates stets der Minergie Standard ist. Ausserdem haben Berechnungen von Fachleuten ergeben, dass die Fekalienanlage noch gut und weiterhin nutzbar ist. Alle Vorgaben im Bezug auf die Heizung und Lüftung sind Minergie Standard. Insofern wurde nicht einfach etwas gestrichen. Man hatte auch die Vorgaben in wirtschaftlicher Hinsicht zu erreichen, deshalb war dies die beste Lösung. Man kann nicht einfach irgendwo Solarpanels aufhängen. Ausserdem gibt es auch die Möglichkeit, Erdwärme zu nutzen. All diese Fragen werden im nächsten Frühling beantwortet sein.

**Balthasar Thalmann** ergreift das Wort. Er ist froh, dass der Stadtrat in die Richtung denkt. Aber nicht alle reden vom gleichen. Der Antrag von Jürg Gösken möchte, dass möglichst viel Energie aus Sonne produziert wird und erst was fehlt, aus anderen Quellen. Es wird ein Kaskadenprinzip vorgeschlagen, nichts weiteres.

**Raoul Stöckle:**

*Ordnungsantrag: Die Sitzung sei zu unterbrechen, damit man sich fraktionsintern besprechen kann.*

**Der Rat lehnt die Unterbrechung mit grossem Mehr ab.**

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

**Abstimmung über Antrag 1 von Jürg Gösken:**

*Bruno Modolo befindet sich im Ausstand, da er als CEO der Energie Uster AG als möglicher Wärmelieferant einen direkten Nutzen haben könnte.*

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 17 : 15 Stimmen**

**Der Antrag 1 von Jürg Gösken ist angenommen.**

**Abstimmung über Antrag 2 von Jürg Gösken:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 17 : 16 Stimmen**

**Der Antrag 2 von Jürg Gösken ist angenommen.**

**Abstimmung über Antrag 3 von Gusti Hofmann:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 16 : 16 Stimmen (mit Stichentscheid des Präsidenten)**

**Der Antrag 3 von Gusti Hofmann ist abgelehnt.**

**Stefan Kern:**

*Antrag: Der stadträtliche Antrag sei mit den Änderungsanträgen dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten.*

**Jürg Gösken** interveniert, es sei erst die Schlussabstimmung über den stadträtlichen Antrag mit den angenommenen Abänderungsanträgen zu erfolgen und erst dann die Abstimmung über das fakultative Referendum (Art. 13, lit. a).

Der Vorsitzende betrachtet den Antrag von Stefan Kern als Abänderungsantrag zur stadträtlichen Vorlage, weshalb diese Abstimmung vor der Schlussabstimmung erfolgt.

**Abstimmung über den Antrag von Stefan Kern:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 14 : 18 Stimmen**

**Der Antrag von Stefan Kern ist abgelehnt.**

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Schlussabstimmung mit Ergänzungen:**

Der Gemeinderat beschliesst

mit 19 : 14 Stimmen

1. Der Projektkredit betreffend Sanierung und Erweiterung Hallenbad Buchholz, zum Betrag vom 2'400'000 Franken inkl. MWST, wird bewilligt.
2. Mitteilung an den Stadtrat.

**9 Postulat Nr. 551 des Ratsmitgliedes Jürg Gösken betreffend Verkehrskonzept**

Das Traktandum wird aus zeitlichen Gründen auf die kommende Sitzung vom 12. November 2012 verschoben.

**10 Antwort des Stadtrates auf die Interpellation Nr. 543 des Ratsmitgliedes Julia Amherd betreffend Ausbildungsplätze für Fachfrauen/Fachmänner Gesundheit (FaGe) und für Pflegefachpersonen HF/FH**

Das Traktandum wird aus zeitlichen Gründen auf die kommende Sitzung vom 12. November 2012 verschoben.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 12. November 2012 statt.

Schluss der Sitzung 22.00 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin  
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

Datum Der Präsident  
Walter Strucken

Datum Die Stimmzähler/in

Marianne Siegrist

Thomas Wüthrich

Bruno Modolo